



# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 26.

Berlin, den 23. September 1917.

12. Jahrgang.

## Die russische Tragödie und das deutsche Schattenspiel.

Berlin, den 18. September 1917.

### Kein Bürgerkrieg, aber Fortdauer des Klassenkampfes.

Schneller, als wir vor acht Tagen ahnen konnten, ist die unheilswangere Gewitterwolke eines Bürgerkrieges über Rußland dahingezogen, ohne sich in vernichtenden Blitzen zu entladen. Der Staatsstreich Kornilows ist in wenigen Tagen zusammengebrochen. So dürrig und einseitig auch die aus Rußland kommenden Nachrichten sind, das eine steht fest, daß Kerenski Herr der Lage ist und daß der russische Bonaparte nur einen kurzen Machttraum träumen konnte. Zur Stunde ist zwar noch nicht zuverlässig bekannt, ob Kornilow und die übrigen Generale, die seinem Sterne folgten, neben den meisten kompromittierten Politikern in den Händen der provisorischen Regierung sind, aber sicher ist, daß der Vorstoß der Gegenrevolution schon im ersten Anlauf gescheitert ist. Der Hauptgrund für das schnelle Ende des Staatsreiches wird darin liegen, daß die russische Armee dank der Revolution nicht mehr eine Herde kampferprobter Muschikows darstellt, die sich früher im Kampfe gegen den „inneren Feind“ von den Epaulettenträgern zu Bütteldiensten gebrauchen ließ, sondern zum größten Teile aus Männern besteht, die zu einem, wenn auch bei den meisten noch unklaren Eigenleben erwacht sind und von der Revolution mehr erwarten als von der Gegenrevolution. Gegen diese in der ganzen Armee vorherrschende Stimmung hat die sorgfältig ausgewählte Leibgarde Kornilows mit ihren asiatischen Regimentern, ihren Kosaken und anderen Truppenteilen, die sich aus reichen Bauerngebieten rekrutieren, nichts ausrichten können. Daneben hat natürlich Kornilows Staatsstreich alle Kräfte der revolutionären Demokratie auf den Plan gerufen und in eine Front gebracht. Es müssen unüberwindliche Schwierigkeiten gewesen sein, die Kornilow, der kein bester Hofgeneral oder Fronttroupienier, sondern ein befähigter Militär sein soll, zu einer so schnellen Kapitulation veranlaßt haben.

Zuverlässige Einzelheiten über diese kurze Bürgerkriegsepisode sind noch nicht bekannt. Kerenski hat auch das offizielle Telegraphenbüro in seiner Hand und läßt natürlich nur solche Nachrichten in die Welt gehen, die ihn und seine Politik als Sieger kennzeichnen. Aber weder die Massenverhaftungen von Generälen noch die energischen Kundgebungen Kerenskis dürfen über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der Klassenkampf in Rußland weiter geht, wenn auch die Mächte der Gegenrevolution zurzeit geduckt worden sind. Und die Gefahr, daß die äußeren und inneren Konflikte Rußlands den Kampf der Klassen zum Bürgerkrieg steigern, besteht immer noch.

Eine Folge des gescheiterten Staatsreiches ist die formelle Erklärung Rußlands zur Republik. Die Entscheidung über die Staatsform sollte ursprünglich der Konstituante, der ausschlaggebenden, aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen, provisorischen Volkswertretung vorbehalten bleiben. Die bürgerlichen Elemente hatten die Frage der Staatsform, der Agrarreform und andere wichtige wirtschaftliche und politische Fragen der Konstituante vorbehalten, um der Gefahr zu entgehen, daß der revolutionäre Sozialismus vorzeitig die Lösung dieser Fragen erzwingt. Jetzt hat das Bürgertum in einer Frage nachgeben müssen und muß befürchten, daß auch noch andere Probleme vor Zusammentritt der Konstituante gegen seine Klasseninteressen zur Entscheidung gebracht werden. Die Erklärung Rußlands zur Republik soll nach außen dartun, daß die zaristische Gegenrevolution einen vernichtenden Schlag erhalten hat

und daß die Geschichte des Zarentums endgültig abgeschlossen ist. Jetzt lautet der Kampfruf aber: Die Bourgeoisrepublik! — Die soziale Republik! Und in diesem Zeichen werden sich die kommenden inneren Kämpfe Rußlands abspielen.

Das Wort Gegenrevolution wird in der deutschen Presse meist nur in bezug auf die Bestrebungen und Machenschaften der Anhänger und Kreaturen des Zarentums angewandt. Wir Sozialisten haben aber zu unterscheiden zwischen der zaristischen und der bürgerlichen Gegenrevolution, wie es unsere russischen Genossen ja auch tun. Für die deutsche bürgerliche Presse sind die Intriguen und Treibereien der russischen Kadetten, Oktoberisten usw. keine Lebensäußerungen der Gegenrevolution. Die Klassensolidarität des deutschen Bürgertums hält es für eine durchaus legitime Sache, wenn die russischen Industriellen, Bankiers, Großgrundbesitzer und deren politische Wortführer gegen „maßlose Forderungen“ des Sozialismus und der revolutionären Demokratie Front machen. Die bürgerliche Gegenrevolution hat mit der zaristischen Gegenrevolution paktiert, in der Hoffnung, mit deren Hilfe zum Siege zu gelangen. Bei einem Siege der Gegenrevolution hätte sich die überwältigende Mehrheit der Bourgeoisie auch wieder mit dem Zarentum abgesunden, dem sie eine gewisse wirtschaftliche und politische Selbstfreiheit hätte abschaffern können. Jetzt, da es mit dem Zarentum aus und vorbei ist, findet sich die russische Bourgeoisie auch mit der republikanischen Staatsform ab, aber ihr Bestreben läuft natürlich darauf hinaus, diese nach dem Muster der französischen oder amerikanischen Bourgeoisrepublik zu gestalten, vor allem aber die bestehenden Besitzverhältnisse aufrecht zu erhalten. Das Bestreben des revolutionären Sozialismus muß aber darauf hingehen, nicht bloß die äußere Staatsform zu demokratisieren, sondern auch deren ökonomischen Unterbau zu sozialisieren und die Demokratie auf allen Gebieten des sozialen Lebens zur Geltung zu bringen. Ein entscheidender Klassenkampf in seiner schärfsten Form steht also Rußland noch bevor und der Konfliktstoff liegt haufenweis getürmt, mag man nun an die Agrarfrage oder die der industriellen Großbetriebe, die des Wahlrechts oder der Nationalitäten, die der Kirche und Schule oder die des Heerwesens herantreten.

Es ist das tragische Geschick Rußlands, daß dieser Klassenkampf zur Entscheidung drängt in einer Zeit, in der von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer der Kampf gegen den äußeren Feind geführt werden muß, in einer Zeit, in der das Land das furchtbare Erbe eines verbrecherischen Herrschafts- und Verwaltungssystems auf sich nehmen mußte, in der seine Geschichte verquitt und verfilzt sind mit den politischen, militärischen und finanziellen Interessen einer Mächtekoalition, von deren Gunst oder Ungunst viel für die Zukunft des russischen Volkes abhängt. Nur so ist zu verstehen, daß Kerenski immer wieder versucht, einen Kurs zu steuern, der ein Kompromiß zwischen Bürgertum und Sozialismus darstellt und den offenen Ausbruch des Klassenkampfes verhüten soll, wobei er sich bald mehr auf die eine, bald mehr auf die andere Seite stützt. Es ist unsäglich albern und zeigt von dem jämmerlichen Tiefstande gewisser deutscher Blätter, Kerenski als bestochenes Subjekt der Entente hinzustellen. Er hat sicher den besten Willen, die Früchte der Revolution zum Reifen zu bringen, aber stärker als sein persönlicher Wille, seine rastlose Energie und sein politisches und rednerisches Geschick werden die wirtschaft-

lichen Kräfte sein, aus deren Schoß der Klassenkampf entspringt, der zur Entscheidung drängt.

Wir Sozialisten sollen uns aber darüber klar sein, daß in Rußland die soziale Republik nur dann zum Siege kommen kann, wenn auch in den anderen Ländern der Sache des Sozialismus und der Demokratie zum Durchbruch verholfen wird.

### David und Goliath.

Herr Eduard David hat im „Vorwärts“ einen gepfefferten Artikel gegen die alldeutsch-konservativ-scharfmacherischen Treibereien losgelassen, die jetzt die Spalten von drei Viertel der deutschen Presse füllen. Nur schade, daß dem Artikel die nötige Schlussfolgerung fehlt. Daß der alldeutsche Goliath mit seiner Philistergefolgschaft heute den „gar gefährlich Mann“ spielen kann, ist, nebenbei bemerkt, nicht zuletzt der burgfriedlichen Frömmigkeit des Herrn David und der von ihm inspirierten Getreuen zu danken. Herr Goliath macht sich daher auch nichts aus dem Blättchen Papier, das statt eines scharfkantigen Steines aus der Schleuder des kleinen David an seine Stirn geflogen kam.

Tatsächlich treiben es jetzt die Gegner eines Verständigungsfriedens und der Demokratisierung toll. Die Geldleute, die hinter der neugegründeten „vaterländischen Partei“ stehen, haben offenbar einen tiefen Griff in ihre Feuerfesten getan und lassen sich ihre Agitation gegen einen „Bankrottfrieden“ etwas kosten. Täglich gehen Dutzende von Telegrammen von alldeutschen Klubs, konservativen und liberalen Vereinen, Stadtmagistraten, Innungskräutern, Kriegervereinen e tutti quanti an den Kaiser, Hindenburg und Dr. Michaelis und werden mit liebenswürdigen telegraphischen Rückantworten bedacht. Daneben werden Stimmen laut, die uns Sozialdemokraten schon lange vertraut waren und deren zeitweiliges Verstummen uns nicht über die Gewißheit hinwegtäuscht hat, daß sie eines Tages doch wieder loschmettern würden, sintemalen die ökonomischen und sozialen Gegenätze durch keinen Weltkrieg und keinen Burgfrieden aus der Welt zu schaffen waren. Nur die Umlerner und Regierungssozialisten haben sich blind und taub gestellt und geraten jetzt aus dem Häuschen, weil sie im vierten Weltkriegsjahre wohl oder übel erkennen müssen, daß hinter der alldeutschen Janitscharenmusik der geschlossene Zug von politischen Reaktionären, industriellen Scharfmachern, national-begeisterten Intellektuellen und urteilslosen Spießern einhermarschiert. Und eine hohe Regierung nimmt schmunzelnd die Parade ab.

Im Gegensatz zu den hochdramatischen Vorgängen in Rußland wirken die inneren Auseinandersetzungen in Deutschland wie ein papierenes Schattenspiel (mit Rücksicht auf den blutigen Ernst der Dinge, die im Hintergrunde stehen, wollen wir nicht von einem Satyrspiele reden), das höchstens hinter den filzwattierten Wänden des Reichstagsausschusses eine Steigerung erfährt. Und solange die regierungsozialistischen Davide nur Papierblättchen auf ihre Schleudern legen und hinter den sicheren Wänden des Wallotbaues und obendrein an der Seite höchst unzuverlässiger Bundesgenossen einen Froschmäusekrieg führen, solange wird der Goliath Reaktion ihnen sein Trutzlied zubrüllen: „Er komme her, der Lumpenhund, ich bog' ihn nieder auf den Grund!“

Wir haben erst in der vorigen Nummer dargestellt, was der Regierungsozialismus in der politischen Praxis zu tun hätte, um dem Toben der „vaterländischen Partei“ und der wirtschaftlichen und politischen Scharfmacher entgegen zu treten.

Aus dem Davidischen Entrüstungsartikel geht auch nicht mit einer Silbe hervor, was die Erwartung auf eine wirkliche Tat rechtfertigen könnte. Parlamentarische Diplomatie und Zeitungsartikel sollen dem deutschen Volke Frieden und Demokratie bringen, auf die Kampfmittel einer proletarischen Politik hat man schon lange verzichtet. Der Weisheit letzter Schluss ist der Appell vom schlechtunterrichteten an den wohlunterrichteten Reichstanzler. Dessen Herz aber neigt — das fühlt ein Blinder mit der Krücke — mehr zu den nationalen Goliaths als zu den sozialdemokratischen Davids.

Unter der Hochlaut von Ergebenheitstelegrammen, vaterländischen Kundgebungen und Artikeln, mögen sie sich nun gegen die Friedensresolution der Reichstagsmehrheit, gegen einen „Verzichtfrieden“ oder Wilsons „Unverschämtheit“ wenden oder sonst ein Bekenntnis zu treudeutscher Gesinnung enthalten, großt im Grunde die Gegnerschaft gegen alles, was Sozialismus und Demokratie heißt. Am klarsten und schärfsten wird das hervorgehoben in einer Entschlüsselung, die kürzlich in einer vom national-liberalen Landtagsabgeordneten Baumeister geleiteten Versammlung der Berliner Ortsgruppe des alldeutschen Verbandes angenommen und an den Reichstanzler telegraphiert wurde. Darin heißt es:

„Wir haben das feste Vertrauen zu Eurer Excellenz, daß Sie uns auch vollständig zu einem Hindenburgfrieden führen werden, d. h. zu einem Frieden, der auch politisch die großen militärischen Erfolge zur Wohlfahrt des deutschen Volkes auf breiter Grundlage ausnützt und uns die Macht gibt, die wahre Freiheit der Meere zum Wohle der ganzen Menschheit in Wirklichkeit aufrechtzuerhalten. Hierzu scheint uns vor allem die Bekämpfung der allen uns erwandenen inneren Feinde, wer immer sie sein mögen, notwendig. Wir geloben, Eurer Excellenz als die getreuen Helfer und Schrittmacher in diesem gewiß heißen Kampfe gegen Unverstand, Niedertracht und Verrat zur Seite zu treten, sobald der Ruf zum Kampfe gegen den Umsturz, der schon allzu frech sein Haupt erhebt, ertönt. Aber wir sind der Meinung, daß der Kampf nur zu Sammlung und Angriff bald, sehr bald erfolgen muß, wenn nicht das ansgeworfene Gift weiter um sich greifen und die innere Wiedergeburt des deutschen Volkes gefährden soll. Es gibt mit diesem inneren Feinde so wenig einen „Verhandnisfrieden“ wie mit dem äußeren. Ein fester Griff mit eiserner Faust tut not. Aber der wird auch hier Wunder wirken!“

Der Geist, der hier mit brutal offenen Worten auspricht, was ist, weht durch viele hundert ähnliche Kundgebungen. Die Klasseninstinkte des Bürgertums sind lebendig geworden, sie spüren, daß in der Tiefe noch gefesselte Kräfte gähren, die der kapitalistischen Ordnung gefährlich werden können. Solange diese Kräfte noch unter dem eisernen Druck des Belagerungszustandes und der Zensur gehalten werden, braucht man sie nicht

direkt an die Wand zu malen, solange schlägt man auf die Scheidemänner los, die sich allzu martialischer in den Vordergrund der politischen Bühne gedrängt haben und nach dreijährigem Nicken mit dem Bürgertum aus Selbsterhaltungstrieb bei den Massen Anschlag suchen.

Das herausfordernde Treiben der Gegner des Sozialismus und der Demokratie verlangt eine andere Antwort als entrüstete und weinerliche Zeitungsartikel. Wäre Herr David weniger bei den Prophezeien der nationalen Ideologie und mehr bei Marx in die Schule gegangen, hätte er vor allem dessen „18. Brumaire“ mit Gewinn studiert, dann wüßte er, welche realen Kräfte das deutsche Schattenspiel dirigieren. Dann könnte er auch seinen Freunden im Partei- und Fraktionsverband, deren geistiger Einseitiger er ist, das Mittel sagen, das gegen das Wüten der buntschiedigen Reaktion am Platze ist und das wir unter den gegenwärtigen Zeitumständen nur mit dem alten Sprichwort umschreiben können: Auf einen groben Klotz gehört ein grober Keil.

Wie gesagt, es war keine Papierkugel, sondern ein rechter harter, kantiger Kieselstein, mit dem David ein Loch in den dicken Schädel des großmäuligen Goliath pfefferte.

### Was sich die „Vaterländischen“ leisten können.

In einem der letzten Sonntage hatte, wie die „Vielefelder Volkswacht“ berichtet, der Unabhängige Ausschuss für einen deutschen Frieden, Ortsgruppe Lippe, öffentlich in einer großen Kundgebung am Hermannsdenkmal bei Lembeke geladen. Es sollte ein Professor Stahlberg aus Berlin sprechen. Die Veranstaltung war mächtig besucht, es mochten 300 bis 400 Personen versammelt sein, die Militärkapelle, die Jugendwehr und „obenweisende“ Urlauber einschloffen. In dieser ansehnlichen politischen Veranstaltung hatte man nämlich die Militärkapelle — das zieht in der Regel besser — und die Jugendwehr (herangezogen, und die ahnungslosen jungen Leute kamen heran, fehmarschmäßig, mit Binden, Probeweisen, Handraketen (Hölkernen) und Gewehren — eingeladen selbstverständlich.

Landgerichtspräsident Geheimrat Preuß leitete die Verhandlungen und führte aus, daß nun jetzt öffentlich auf den Plan trete und öffentlich für die Ziele des Unabhängigen Ausschusses werden werde. Ein Scheidemannfriede könne nicht geduldet werden, der führe ja zur Verelendung der Arbeiter und kleinen Leute.

Professor Stahlberg verlangte:

1. das Land, das früher Belgien hieß,
2. das wallonische Hinterland,
3. die flandrische Küste als Kapfeiler,
4. Longwy und Vries,
5. eine Verkleinerung der Grenzen südwärts mit dem Motto: Hindenburg, du kannst es!
6. Polen fest in deutsche Hand,
7. Rußland und Dänemark für uns,
8. ausgiebige Stützpunkte an allen Weltmeeren,
9. Gratzlieferung aller von uns benötigten Rohstoffe durch unsere Beamten,
10. eine Kriegsschädigung in Geld, die uns jede Last abnimmt.

Stahlberg hat unbedingtes Vertrauen zu Hindenburg, zu dem legierten Reichstanzler auch wohl, er hatte gar kein zu Wehmann. Er ergab sich reichlich in geschichtlichen Vergleichen, zitierte den Tacitus und den Tiberius und schloß mit einer Verherrlichung Bismarcks.

Geheimrat Preuß sprach namentlich seine Entrüstung über Wilson aus, weil der gewagt habe, einen Keil zu treiben zwischen den Kaiser und sein treues Volk, weil der sich unterfangen habe, das Gefüge des Reiches zu lockern. Darauf sollte unbedingt auch Stahlberg an, indem er die demokratischen Bestrebungen mit dem ganz gewiß entwürdigenden Stigma des „Internationalismus“ besetzte. Und da, in diesem Augenblick konnte es beinahe so scheinen, als sei man in einer konservativen Wählerparlamentarier. Aber das war natürlich ein Irrtum. Denn es war ja die Jugendwehr und die Militärkapelle dabei. Und die Jungmänner verteilten auf Befehl sogar „unabhängige“ Flugblätter.

Von den Teleaxamen desam eins der Kaiser, das andere der Reichstanzler und das dritte Hindenburg.

**Parteigenossen!**  
**Werbt für die Unabhängige**  
**Sozialdemokratische Partei**  
**Deutschlands!**

### Wochenschan.

Vom 11. bis 18. September 1917.

**Kriegsergebnisse:** Auf allen Fronten herrschte in der vergangenen Woche eine Art Kampfpause, d. h. es kam fast nirgends zu außergewöhnlich großen Kampfhandlungen. Die Tätigkeit der Artillerie erlebte natürlich nirgends eine Unterbrechung, nur die Feuerstärke wechselte gewöhnlich je nach den taktischen Vorgängen und Situationen in den einzelnen Frontabschnitten. Daneben gehen fortwährend größere oder kleinere Patrouillenunternehmungen einher, von denen manche, an dem Maßstab früherer Kriege gemessen, ganz respektable Gefechtsabhandlungen darstellen. In dem Massentrigen dieses Jahres sind es nur Episoden, die aber in ihrer Häufigkeit und Wiederholung haben wie drüber zahlreich Opfer fordern. Ob die gegenwärtige Kampfpause die Stille vor einem neuen Offensivsturm bedeutet, oder ob beide kriegsführenden Parteien schon jetzt zu den Kampfmethoden des winterlichen Stellungskrieges übergehen, muß abgewartet werden. Bemerkenswert ist, daß es im Zusammen-

### Aus einem Volkskrieg.

II.

Die zweite große Tat des von den Girondinen geleiteten Konvents oder vielmehr des Wohlfahrtsausschusses, der mehr und mehr die Regierungsgewalt an sich zog, war die Durchführung der Massen-erhebung (levée en masse). Prinzipiell hatte man mit dem Freiwilligensystem schon im Februar 1793 gebrochen, als der Konvent die Ergänzung des Heeres auf 300 000 Mann anordnete. Damals hatte er bestimmt, daß die Gemeinden, falls es ihnen nicht gelänge, das ihnen auferlegte Soldatenkontingent durch Freiwillige aufzubringen, verpflichtet seien zur zwangsweisen Rekrutierung (durch das Los oder die Wahl) zu schreiten.

Allerdings — das war das Voch dieses Systems der „allgemeinen Wehrpflicht“ — hatte jedermann das Recht, sich durch einen Mitbürger, den er auf eigene Kosten anstehen mußte, vertreten zu lassen. Der Wohlfahrtsausschuß begnügte sich nicht damit, dieses Voch anzustreben, indem er das Recht der Stellvertretung aufhob, er machte gleich ganze Arbeit und führte die allgemeine Mobilisierung durch.

„Von diesem Augenblick an“, so erklärt er, „vom 23. August bis zu dem Augenblick, in dem die Feinde von dem Gebirge der Republik vertrieben, sind alle Franzosen rekrutiert für den Dienst in der Armee; die jungen Männer haben in den Kampf zu ziehen, die verheirateten Männer haben die Waffen zu schmieden und die Lebensmittel herbeizuschaffen; die Frauen haben Zeile und Kleider zu nähen, die Kinder haben Schwärze zu zupfen und die Greise haben sich auf die öffentlichen Plätze tragen zu lassen, um den Mut der Krieger anzufeuern, den Haß wider die Könige und die Vögel zur Republik zu verkünden.“ Dank der Beachtung der Bevölkerung und der Tatkraft der Delegierten, die mit der Durchführung dieser Anordnungen betraut waren, gelang es Frankreich, obwohl die Mobilisierung nur in einigen besonders bedrohten und unzuverlässigen Gebieten von Rechts wegen angeordnet war, in wenigen Wochen ein Volksheer aus dem Boden zu stampfen, wie es die Geschichte noch nicht gesehen. Und so ausgerufen, so organisiert, so in seinem ganzen Reichtum an Patriotismus, Kraft, Mut und Werte von der Revolution genutzt, war Frankreich eine Welt-

wert. Es war mehr wert als die Welt der Koalition. Die anderen Regierungen und die anderen Völker setzten auf das schreckliche Spiel nur einen Teil ihrer selbst. Frankreich gab sich ganz und gar. Es warf in den Krieg für die Freiheit seinen ganzen Reichtum, seine ganze Seele.“ (Journé.) In den größeren Städten entstanden gleichsam über Nacht gewaltige Waffenmanufakturen. Alle Pferde und anderes Vieh, das nicht in der Landwirtschaft nötig war, wurde requiriert. Um Salzpeier zu gewinnen, durchsuchte man die Keller der Privathäuser. Man schmolz die Glocken ein und forderte in einzelnen Gegenden auch alle Kupfer- und Bleieräte den Privaten ab. Bezüglich der Einbringung der Kriegskosten verfuhr man nach dem Grundriss, den Danton einmal im Konvent ausgesprochen hatte: „Wenn das Volk sein Blut in Strömen für das Vaterland vergießt, so können die Reichen wohl ihr Gold geben.“ Im Juni beschloß der Konvent, die von den Girondinen monatlang bekämpfte Zwangsanleihe von einer Milliarde durchzuführen. Vom Einkommen eines Familienvaters sollten 10 000 Franken, vom Einkommen eines Junggesellen 6000 Franken steuerfrei bleiben. Im September setzte man das steuerfreie Einkommen auf 1000 Franken für den Kopf der Familie herab. Die überschüssigen Einkünfte wurden mit einer Steuer belegt, die von 10 bis 50 Prozent hing. Und die Einkommen über 9000 Franken wurden in der Art beunruhigt, daß in keinem Fall mehr als 4500 Franken über das genannte notwendige Einkommen blieb.“ (Krapovitzki.) Trotzdem man jeden, der falsche Angaben über sein Vermögen machte, mit der Verdoppelung der Steuer bedrohte, konnte jedoch die Nachwelt an diesem Geleis der Jakobiner mehr den guten Willen als die Tat bewundern.

Die Demokratisierung des Heeres war bereits im Februar 1793 in Angriff genommen worden. Um den revolutionären Geist der Freiwilligentruppen zum vorherrschenden in der Armee zu machen, hatte man damals die Bataillone der Linie mit den Freiwilligenbataillonen verschmolzen, Befolgung und Disziplin einheitlich geregelt. Da man der Ansicht war, daß dem Volke selbst oder dessen gesetzlichen Vertreter die Wahl derer zukommt, von denen das gemeinsame Wohl abhängt“ (St. Just), hatte man die

Wahl der Offiziere durch die Soldaten eingeführt. Wenn zum Beispiel ein Leutnant im zweiten Freiwilligenbataillon ernannt werden soll, so werden die Vorschläge mit lauter Stimme und namentlichem Ausruf gemacht von sämtlichen Unterleutnants, Feldwebeln, Unteroffizieren, Quartiermeistern, Korporalen und Soldaten des Bataillons. Aber wählen können sie ihre Kandidaten unter den Unterleutnants der ganzen halben Brigade. Wenn drei Leutnantkandidaten aufgestellt sind, wird die endgültige Wahl unter diesen von sämtlichen Leutnants des Bataillons getroffen.“ (Journé.) Solange die Girondinen am Ader waren, hatte man die Verwirklichung der Armee und das demokratische Wahlverfahren nur für durchgeführt. Erst der Jakobinerkonvent machte Ernst damit. Erst er fand die Kraft, die Mängel, welche die Offizierswahl mit sich gebracht hatte, wie Disziplinlosigkeit, die Wahl von unfähigen Schwächlingen und Demagogen, zu überwinden. Er überwand sie nicht dadurch, daß er das Prinzip der Demokratie, weil es sich nur unvollkommen verwirklicht hatte, kurzerhand verworfen und wieder zur Entmündigung der Soldaten seine Zuflucht nahm, sondern indem er den Geist der Demokratie im Heere zu stärken suchte. Den Volksvertretern, die er an die Front entsandte, wies er die Aufgabe zu, in diesem Sinne bei den Truppen zu wirken. In ihrer Instruktion heißt es: „Sie haben mit den Soldaten des Vaterlandes Bruderschaft zu schließen, sie haben sie oft zu besuchen, sie haben ihren Eifer zu entflammen, ihnen die Vorteile der Disziplin klarzumachen, welche die Armeen unbezwinglich und dem Feind schrecklich macht; welche sie lehrt, Erfolge anzunehmen und sich nach Niederlagen zu sammeln; welche ihren Mut aufrecht erhält, sie ihre Stärke und ihre Hilfsmittel erkennen lehrt, sie vor Schläppen und Niederlagen bewahrt. Sie haben die Soldaten anzuhören, ihre Klagen entgegenzunehmen, sie aufzuklären und sich über ihre Bedürfnisse zu informieren. Sie haben ihnen zu sagen, mit welchem Eifer sich der Konvent mit allem beschäftigt, was die Armee betrifft. Sie haben die Soldaten über die Arbeiten des Konvents, über die Duelle, welche er der Industrie, dem allgemeinen Wohlfahrt erschließt, zu unterrichten. Sie haben sie in die Prinzipien der Gleichheit, des Republikanismus und der militärischen Disziplin einzuführen.“ Den Konvents-

hang mit den Balkankämpfen in der vergangenen Woche lebhaftere Gefechte zwischen Italienern und Oesterreichern auf albanischem Gebiet gegeben hat.

**Ausland:** Die in diesen Tagen in der Welt umherschwärmenden Friedensgerüchte veranlaßten u. a. die Regierung D e s t e r r e i c h s zu der amtlichen Feststellung, daß kein englisches Friedensangebot an die österreichische Adresse gelangt sei.

Den Polen sind durch Erlasse des deutschen und österreichischen Kaisers wieder einige Zugeständnisse gemacht worden. Ein aus drei von den Monarchen ernannten Männern bestehender Regentenschaftsrat ist geschaffen worden, der die Umwandlung des ehemals russisch-polnischen Landesstückes in eine erbliche Monarchie vorzubereiten hat. Daneben soll ein aus Wahlen hervorgehender Staatsrat mit 100 Mitgliedern gebildet werden. Der Wirkungsbereich dieser provisorischen Regierung ist freilich eng begrenzt, er beschränkt sich im wesentlichen auf das Schulwesen und die Justizverwaltung. In der Hauptsache führen nach wie vor der deutsche Generalgouverneur und der österreichische Militärgouverneur in ihren Kommandobezirken das Regiment und haben in den wichtigsten Lebensfragen des polnischen Volkes das letzte Wort, wie sie auch ein Einspruchsrecht gegen die Maßnahmen der polnischen „Regierung“ haben. Es ist daher kein Wunder, daß die Polen sich über dieses neue Gnadengewand nicht sehr entzückt gezeigt haben, ebensowenig wie ihre Stammesbrüder in Oesterreich und Preußen mit einer solchen Regelung der polnischen Frage einverstanden sind. Andererseits murren die preussischen Galizier über das ihrer Meinung nach allzu große Entgegenkommen an die Polen. Der Versuch, die Wünsche des polnischen Volkes an die Mittelmächte zu fesseln, stößt noch auf gewaltige Schwierigkeiten und eröffnet die Aussicht auf endlose Konflikte. Auch hier kann erst das Selbstbestimmungsrecht der Völker eine befriedigende Lösung des Problems ergeben.

Ein deutsch-argentinisch-schwedischer Zwischenfall hat dieser Tage großes Aufsehen gemacht. Dabei hat die deutsche Geheimdiplomatie wieder einmal eine sehr unrühmliche Rolle gespielt. Der deutsche Gesandte Graf Luxburg in Argentinien hat durch Vermittlung des schwedischen Gesandten in Buenos Aires einige sehr kompromittierende Telegramme an seine Regierung geschickt, die von der amerikanischen Regierung aufgefangen und entziffert worden sind. Die deutsche Presse schimpft weidlich über die amerikanische Gemeinheit, aber der Grundsatz, daß im Kriege alle Mittel recht sind, dem Gegner zu schaden, hat nicht bloß bei den Entente-regierungen Geltung, und auf allen Seiten sind Kriegsführung und Moral Dinge, die nicht viel miteinander gemein haben. Die Depeschen des Grafen Luxburg sind Kulturdokumente, die auch hier festgehalten zu werden verdienen. Sie lauten:

delegierten kam es auch zu, die Führer zu kontrollieren, über ihre Zuverlässigkeit und Fähigkeit dem Wohlfahrtsausschuß Bericht zu erstatten, sie nötigenfalls ihres Amtes zu entsetzen. Wenn sich diese, mitunter in Bevormundung ansiehende Kontrolle der militärischen Führer durch Zivilisten auch in Einzelfällen unvorteilhaft erweisen möchte, so wirkte sie doch im allgemeinen überaus günstig auf den Geist der Truppen und somit auf die Kriegsführung ein. Die Anwesenheit des Volksoberleiters an der Front verführte den Soldaten gleichsam die Tatsache, daß dieser Krieg ihr Krieg — der Krieg des souveränen Volkes war. Mit den Generälen, die, sei es aus verzweifelter Absicht, sei es aus Unfähigkeit, Niederlagen erlitten, ging die Regierung streng ins Gericht. „Sieg oder Guillotine“ lautete für die Führer die Losung. An die Stelle unfähiger hochgeborener Generale wurden tüchtige Männer aus dem Volk gesetzt. Die Aussicht, daß jedes Verdienst seine Belohnung findet, daß man jedes Talent an den ihm gebührenden Platz stellen werde, wirkte außerordentlich anfeuernd auf die Soldaten und trug dazu bei, sie den Mühen der verbündeten Heere, die, mochten sie auch noch so fähig sein, dazu verdammt waren, zeitweilig „Gemeine“ zu bleiben, überlegen zu machen.

In der Ueberzeugung, daß die Begeisterung der Soldaten für die Vaterlandsverteidigung im direkten Verhältnis steht zu dem, was das Vaterland dem Soldaten nach dem Krieg zu bieten hat, hatte der Konvent bereits im März, zur Zeit der Ergänzung des Heeres auf 300 000 Mann, begonnen, in großzügiger Weise für die heimkehrenden Krieger zu sorgen. Er hatte sämtlichen Soldaten, oder deren Witwen und Waisen, eine lebenslängliche Rente von mindestens 240 Frank jährlich ausgesetzt und bestimmt, daß diese Rente auf Wunsch auch zum Ankauf eines Stück Landes verwendet werden konnte. Nationalgüter im Werte von 400 Millionen Livres waren deswegen nicht veräußert worden. „So nahmen die Soldaten, die ins Feld zogen, mit sich die Vision des Weinberges, des Feldes, der Wiese, die sie nach ihrer Rückkehr vom Vaterland erhalten würden“ (Zaurès), und es brauchte, wie ein Delegierter des Konvents bemerkte, Keiner zu befürchten, daß er nach dem Kriege im Elend werden müßte; jeder konnte hoffen, daß das Vaterland die Tränen seiner Familie trocken werde.“

Mat 1917. Nr. 32. Die Regierung hat jetzt die deutschen und österreichischen Schiffe, auf die bisher eine Wache gestellt war, freigelassen. Infolge der Beilegung des „Monte-Protegillo“-Falles ist eine große Veränderung in der öffentlichen Meinung eingetreten. Die Regierung will in Zukunft die argentinischen Schiffe nur bis Pas Palmas ausklarieren. Bitte, den kleinen Dampfer „Oranuas“, 31. Januar (Washingtoner Zeitung: d. h., der Dampfer ist am 31. Januar ausgesahren), 300 Tonnen, der sich nun Bordeaux nähert, mit der Absicht, seine Flagge zu verändern, entweder zu schonen oder spurlos verschwinden zu lassen.gez. Luxburg.“

3. Juli 1917. Nr. 95. „Ich höre mit Sicherheit, daß der gegenwärtige Auslandsminister, der ein Esel von Ruf und Engländer ist, in einer Geheim-sitzung des Senats gesagt hat, daß Argentinien in Berlin ein Versprechen fordern solle, keine argentinischen Schiffe mehr in den Grund zu bohren, und im Weigerungsfalle solle man die Beziehungen abbrechen. Ich rate, das abzulehnen, eventuell spanische Vermittlung zu erbiten. Luxburg.“

9. Juli 1917. Nr. 64. „Bitte die Antwort an Argentinien, ohne irgendwelche Neigung zu Zugeständnissen zu zeigen, hinauszuschieben bis zum Empfang weiterer Berichte. Ein Ministeriumswechsel ist wahrscheinlich. Bezüglich der argentinischen Dampfer rate ich, sie zur Umkehr zu zwingen oder sie ohne Hinterlassung von Spuren zu versenken oder ihnen freie Durchfahrt zu geben. Sie sind alle sehr klein. Luxburg.“

Diese Offenbarungen einer schönen Diplomaten-seele haben natürlich den Kriegshebern im feindlichen Lager wieder erduldeten Reizstoff geliefert und im neutralen Ausland sehr böses Blut gemacht. Sie haben aber auch bei uns das ganze Elend des unheilvollen Systems der privilegierten Geheimdiplomatie aufgerollt. In der Geschichte dieses Systems ist die Aera Zimmermann im deutschen Auswärtigen Amte eines der traurigsten Kapitel. Die Luxburg-Depeschen fallen in die Zeit, in der Herr Zimmermann nach Korpsbüchsenmänner die auswärtige Politik des deutschen Volkes leitete. Graf Luxburg hatte in der famosen Mexiko-Depesche seines Berliner Chefs ein Vorbild. Dem derzeitigen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Herrn v. Kühlmann, können die Luxburg-Depeschen nicht gut an die Rockschöße gehängt werden, da sie noch in Zimmermanns Amtsperiode fallen, über die später noch manches zu sagen sein wird. Es ist auch verkehrt, wenn die bürgerliche und regierungssozialistische Presse anlässlich der Luxburg-Depeschen den ganzen Jammer der Geheimdiplomatie den adligen Diplomaten zur Last legen will; das Beispiel Zimmermanns zeigt, daß auch die Diplomaten aus der Bourgeoisie um kein Haar besser sind. Nur die radikale Beseitigung des ganzen Systems der Geheimdiplomatie kann da Wundlung schaffen. Dazu gehört auch die Geheimnisstrammer in Hauptausstufung des Reichstages und des zu strenger Disziplin verpflichteten Sieben-Männer-Kollegiums des „Aussschusses beim Reichskanzler“.

Nach längerem Hin- und Her haben sich Schweden, die Vereinigten Staaten und Argentinien wieder verständigt. Die Sache haben aber die Deutschen in Argentinien bezahlen müssen, denen die durch die Luxburg-Depeschen angelegte Bevölkerung Argentinien über mitgespielt hat, denn die Atmosphäre des Weltkrieges beunruhigt überall das Volkstum der nationalen Reidentitäten. Die deutsche Regierung hat sich nach längerem Zögern entschlossen, den Grafen Luxburg zur mündlichen Berichterstattung nach Berlin zu zitieren. Inzwischen hatte der Herr Graf aber schon von der argentinischen Regierung den Landpass erhalten.

In Schweden plägte die Luxburg-Affäre gerade in die Wahlbewegung hinein und erregte große Aufregung. Sie gab der Sozialdemokratie und den Liberalen Anlaß zu heftigen Angriffen gegen die Regierung. In der deutschen bürgerlichen und regierungssozialistischen Presse ist seit Branting wieder einmal der Popanz der angeblich Schweden zur Teilnahme am Kriege auf Seiten der Entente drängen will. Der launische Zerrier in der Branting-Dege ist Herr J a n s s o n. Mitglied der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften, der seine persönliche Rantäne gegen Branting mit einer systematischen Stimmungs-mache für die deutsche Regierungspolitik verknüpft. Der Parteivorstand löst diese Herde des Regierungsozialismus nicht ab. Man ist aber Branting auch Mitglied des holländisch-standinavischen Komitees für die Stockholmer Konferenz. Es gibt daher nur zwei Möglichkeiten: entweder hat Herr Jansson recht und Branting, der übrigens in parteifaktischer Hinsicht den Regierungsozialisten näher steht als uns, ist ein gemeingefährlicher Kriegsheber, dann haben die deutschen Sozialdemokraten die verdammte Pflicht gegen ein solches Mitglied im Friedenskomitee zu protestieren; oder aber Jansson tut bewußt Branting Unrecht, dann hat der Parteivorstand gegen eine solche gewissenlose Verheugung der Internationale, an der übrigens die F. A. eifrig mitwirkt, energisch Front zu machen. Also herans mit eurem Federwisch, ihr Ebert und Scheidemann.

In Frankreich hat sich mit vieler Mühe ein Ministerium Painlevé gebildet, in dem der bisherige Ministerpräsident Ribot als Minister des Auswärtigen sibt. Die Sozialisten haben diesmal auf die Teilnahme an der Regierung verzichtet. Nicht als ob sich die eingetretenen Sozialpatrioten auf ihre internationalen Pflichten besonnen hätten, ihre maßgebenden Männer sind im Grunde noch für eine energische Fortsetzung des Krieges. Aber sie müssen Rücksicht nehmen auf die Stimmung im Lande; sie konnten sich nicht gut mit dem Paktverweigerer Ribot an einen Ministertisch setzen. Der vom 6. bis 9. Oktober in Bordeaux stattfindende Parteitag wird jedenfalls Klärung in die französischen Parteiverhältnisse bringen.

In England hat der sozialpatriotische Arbeiter-parteilier Barnes, der an Stelle Hendersons in die Regierung eingetreten ist, eine Rede gegen den Frieden gehalten, aber wir wissen, daß solche Reden auf die englischen Arbeiter immer weniger Eindruck machen. Andererseits haben in den englischen Städten eine ganze Anzahl Frauenversammlungen für den Frieden stattgefunden, einige wurden allerdings verboten oder durch Streikern der Depresse gestört.

In Italien scheint die Friedensbewegung der Arbeiterschaft trotz aller Gewaltmaßregeln immer wieder zu Demonstrationen und direkten Aktionen gegen den Krieg zu führen. Die Senur ist eifrig bemüht, keine Kunde davon über die Grenze dringen zu lassen. Die kriegsheberischen Parteien und Gruppen haben in Mailand eine Konferenz gehabt, und haben dem „inneren Feind“ Krieg bis ans Messer angesagt.

Aus Portugal wurde der Ausbruch eines all-Verufe umfassenden Generalstreikes gemeldet.

In Holland bereitet die Sozialdemokratie eine große Massendemonstration vor, um die Regierung zu rechtzeitigen Maßnahmen zu zwingen, die den drohenden Nöten des kommenden Winters wenigstens einigermaßen vorzubeugen.

Aus Rußland liegen über die Vorgänge, die mit dem Staatsstreich Kornilows im Zusammenhang stehen, so viel widersprechende Nachrichten vor, daß daraus kein klares Bild zu gewinnen ist. Wir beschränken uns daher auf das im Vorkriegsartikel Gesagte und werden auf die bedeutamen Ereignisse zurückkommen, wenn zuverlässige Nachrichten vorliegen.

**Innere Politik:** Die Reichstagsmehrheit des Juli-Blokes erweist sich immer mehr als ein zerbrechliches Gebilde. Die nationalliberale Partei, deren Reichstagsfraktion kürzlich wieder mit der Mehrheit anzubündeln suchte, hat sich teilweise für die „vaterländische Partei“ erklärt. Aus dem Zentrumslager hageln kräftige Hiebe auf Herrn Erbsbergers Rücken hernieder und beim Fortschritt wanken auch eine ganze Anzahl Herren nicht mitmachen. So haben die Herren Traub, Oberbürgermeister Rörte-Königsberg, Kommerzienrat Friedrichs-Potsdam, Geheimrat Haupt-Stiehn, Stadtrat Tobler-Breslau usw. einen Antrag an die Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei gerichtet, in dem zum Protest gegen die berühmte Friedensresolution aufgefordert wird, ein Protest, der bei vielen freisinnigen Erbsberg-Anhängern finden wird. Der Herr Traub ist übrigens als christlicher Pastor und als liberaler Politiker ein gleich interessanter Zeitgenosse. Nicht allein, daß sein Grobernungsbegriff so groß ist, daß für ihn das Völkergewimmel ins Endlose gehen könnte, er will auch von einer schnellen Demokratisierung Deutschlands nichts wissen. Ob der Herr jetzt noch in der „Hölle“ seine schmalzigen Sonntagspredigten verzapft, wissen wir nicht, er ist aber lange Zeit hindurch ein lieber Mitarbeiter des Herrn Raumann gewesen.

Durch die Presse geht jetzt ein großes Rätselraten über das Schicksal Belgiens. Einige Blätter wollen wissen, daß die Regierung auf Belaien verzichtet habe. Darob lobt und wütet die alte deutsche Presse und verlangt Klarheit. Die Regierung schweigt sich aber vorläufig noch aus.

Herr v. Hindenburg hat an den Vorsitzenden der „vaterländischen Partei“ ein liebenswürdiges Telegramm gerichtet, in dem es heißt:

„Der Anruf der österreichischen Männer erfüllt mich mit großer Freude, weil er ernst und fest und Deutsch gemahnt, aber innerem Gader den Krieg nicht zu vergessen.“ Trotz der siegesverheißenden militärischen Lage geht es noch um unseres Volkes Bestehen und Wohlfühlung in der Welt.“ Und zum Schluß: „In festem Vertrauen auf Reichsleitung und Oberne Heeresleitung, beide gerecht und gerecht durch unsern lieben Kaiser, wird unser Volk den Frieden erhalten, den das Vaterland braucht für neues Blühen und Gedeihen. Einig im Innern und wir unbefleglich.“

Der R v f f h ä u s e r - B u n d der deutschen K r i e g e r v e r e i n e hat gegen die Friedensresolution des Reichstages protestiert und die anwesenden Regierungsvertreter haben das stillschweigend angehört. Außerdem hat der Bund einen großzügigen Plan

zum Einfangen der Kriegsteilnehmer entworfen. Ein „Reichs-Krieger-Dank“ soll geschaffen werden, der mit Hilfe finanzieller Zuwendungen die entlassenen Kriegsteilnehmer unter die Fahnen der Kriegervereine führen soll.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat ihre Veröffentlichungen über Abmachungen zwischen Kaiser und Zar im Jahre 1904 und 1905 fortgesetzt. Das regierungssozialistische Zentralorgan weiß auch aus dieser Blüte wenig für seine opportunistische Politik zu saugen. Wir möchten bei dieser Gelegenheit an ein Buch aus dem Jahre 1904 erinnern, betitelt „Königsberg. Der Geheimbund des Zaren.“ Das Buch stammt aus einer Zeit, in der die deutsche Sozialdemokratie noch nicht ihr internationales Gewissen erstickt hatte. Man kann aus ihm ersehen, warum viele russische Revolutionäre auch heute noch kein Vertrauen zum offiziellen Deutschland haben.

Um die Geheimhaltungen des Hauptausschusses des Reichstages noch geheimer zu machen, hat man vor seinem Sitzungssaal wattierte Wände und Türen angebracht.

Die deutsche Antwort auf die Friedensbotschaft des Papstes ist noch immer nicht veröffentlicht.

Im Verfassungsausschuß des sächsischen Landtags sind alle Wahlrechtsanträge abgelehnt worden. Die sozialdemokratischen Parteien gehen jetzt daran, eine Wahlrechtsbewegung in Fluss zu bringen.

Es wird jetzt viel von einer Aenderung des Hilfsdienstgesetzes geredet. Es hieß, daß diese Aenderung durch eine Verordnung des Bundesrats verfügt werden solle. Der „Vorwärts“ hält das für ganz unmöglich und verlangt die Mitwirkung des Reichstages. Er wird sich aber ergebnisvoll dreinsetzen, wenn die Regierung auf die Mitarbeit des Reichstages verzichtet.

### Heiteres.

**Zimmer feste druff!** Die „Sozialdemokratische“ Feldpost bringt in ihrer Nummer vom 1. September folgenden geist- und lustvollen Tagesbefehl der Sozialfeldpost:

Unsere Sturmtruppen haben in letzter Zeit wieder einmal Angriffe sehr schneidig durchgeführt. Sie haben die Front des Vorurteils, das hier und da noch gegen die „Sozialfeldpost“ besteht, an mehreren Stellen durchbrochen, die Drahtverhänge der Interessiertheit zerhackt, sind in die Unterstände der geistigen Trägheit eingedrungen und haben zahlreiche Gefangene in der Form neuer Leser der „Sozialfeldpost“ zurückgeführt.

Nun gilt es, die Einbruchsstelle zu erweitern. Durch energischen Nachstoß wird dies möglich sein. Die heutige Nummer ist als Dandaranate zu benutzen, um etwa noch übersehene Unterstände auszuräumen. Wo in einem Graben die „Sozialfeldpost“ Fuß gefaßt hat, darf die Ausbreitungsbewegung nach rechts und links nicht eher ruhen, als bis der ganze Graben für das Blatt des feldgrauen Proletariats gewonnen ist. Diese Bewegung ist durch ein Trommelfeuer aufklärender Argumente zu unterstützen. Wir bitten alle unsere Freunde und Leser, dazu beizutragen.

### Vereins-Veranstaltungen.

#### Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 23. September, vorm. 10<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im großen Festsaal des Berliner Stadthauses, Eingang Klosterstraße, Feiern der Jugendweihen. Festvortrag Herr Ernst Däumig. Künstlerkonzert, Kinderchor. Eintritt 20 Pf., Kinder 10 Pf.

#### Arbeiter-Samariterbund, Kolonne Groß-Berlin.

**Neuer Samariter-Kursus.** Am 24. September beginnt ein neuer Kursus zur Ausbildung in der ersten Hilfe bei Unfällen, plötzlichen Erkrankungen sowie in der häuslichen Krankenpflege.

Wer sich über die Nützlichkeit eines Samariters unterrichten will, der besuche den Anfangsabend des neuen Kursus, der am 24. September abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, Köpenicker Straße 62, stattfindet.

**Reinickendorf-Ost.** Am Sonnabend, den 22. September 1917, Vortrag des Herrn Direktor Pauli über: Feuerbestattung, erläutert am Modell eines Krematoriums, bei S a d a u, Residenzstr. 124.

Am Sonntag, den 23. September: **Tageswanderung** für Kinder über 8 Jahren. Treffpunkt früh 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr Bahnhof-Uhr Schönholz. Fahrgehalt 30 Pf.

Am Sonntag, den 30. September, nachmittags 4 Uhr im Jugendheim, Doppelstraße 32: **Schulentlassungsfeier.**

### Quittung.

Vom 10. Juli bis 10. September 1917 gingen bei dem Unterzeichneten folgende Beiträge für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ein:

Für Broschüren 6,25. Von A. Sch. 5.—. Von F. Quedlinburg 1.—. Von L. Gekernförde 14,02. Von R. Halle 20.—. Auf Listen von R. Halle, 91,60. Von A. F. durch D. G. 300.—. Für Broschüren 1,25. Von W. Bochum 140,48. Von Sch. Friedrichsloog 50.—. Vom 6. Berliner Kreis 1000.—. Von F. R. Neukölln (im Felde) 500.—. Von F. Danzig 73,44. Vom 1. Berliner Kreis 46,50.

Gesammelt von Marineangehörigen 40.—. Für Broschüren 2,50. Von F. R. im Felde 5.—. Auf Sammellisten von Piesteritz 10,50. Von Sch. Zettau 28,84. Aus Nürnberg 10.—. Von B. Jena 50.—. Von O. Friedrichshagen 5.—. Von B. Berlin III 300.—. Von S. Berlin IV 1560.—. Vom Niederrhein 1000.—. Von B. Bochum 9,40. Von S. Stettin 45,10. Von F. Quedlinburg 50.—. Von Sch. Sommerda 41.—. Von Köln 22.—. Von Gera 300.—. Von München 21,85 und 22,50. Von F. S. 5000.—. Von F. Quedlinburg 20.—. Von R. Berlin I 104,40. Von F. Greiz 30.—. Von Schwarzenbach 6.—. Vom 7. bad. Kreis durch G. 11.—. Von Böckingen 4,76. Für Broschüren 1.—. Von B. Berlin VI 1785,56. Gesammelt durch R. R. 22,65. Von B. 4,40. Von Tr. für Potsdam-Osthavelland 200.—. Auf Listen von G. Gotha 80.—. Von St. Schweinfurt 44,74. Von Kl. Erfurt für Beiträge 180,18 Mark.

Wilhelm Dittmann, Berlin NW. 6.

(Bei Geldsendungen wolle man das Postcheckkonto Berlin 32287 benutzen.)

**4. Kreis. Für die Partei:** Auf Liste 6604 12.—, 6606 11.—, 6616 3.—, 6617 0,75, 6619 2,95, 6624 8,50, 6628 (Sechsertasse des Frauenleseabends der 4. Abt.) 4,50, 6658 9,80, 6695 9.—, 6696 9.—, 6697 23.—, 6699 5.—, 6700 10.—, 6714 9,25, 6740 (gesammelt bei der Firma Voas, Krautstr.) 18,80, 6751 11,25, 6752 17,80, 6753 10,20, 6755 7,75, 6772 10,60, 6792 10,20, 6797 39,50, 6798 6,10, 6800 15,95, 6801 28,15, 6802 18,60, 6803 9,50, 6804 10.—, 6871 6,30, 6885 7,40, 6897 25,80, 6900 2,50 Mt. **Summa 373,65 Mt.**

Außerdem extra: Genosse R. auf das Einjährige durch Genossen Walt 10.—, Max 5.—, S. 2.—, W. 0,40, Wilek 2.—, Sch. 1.—, R. G. 2.—, T. 72.— Mt.

**4. Kreis. Zum Pressefonds:** Liste 1101 3.—, 1205 8.—, 1210 5,40, 1211 (Sechsertasse des Frauenleseabends der 4. Abt.) 4,50, 1252 2.—, 1258 9,50, 1310 6,75, 1405 7.—, 1417 3,50, 1431 5.—, 1439 1.—, 1523 4,45, 1531 5.—, 1709 4,10, 1742 2,50, 1743 5,50, 1744 14,70, 1786 11.—, 1901 5,50, 1919 7,95, 1949 6,10, 1961 6.—, 2008 2.—, 2010 4.—, 2016 1.—, 2021 3.—, 2121 1.—, 2138 26,40, 2192 2.—, 2205 5.—, 2210 9,10, 2227 24,80, 2248 2,50, 2294 5.—, 2295 9,50, 2300 2,25, 2305 2.—, 2352 2,20, 2504 28,30, 2506 3,30, 2624 7,85, 2627 10,50, 2659 2.—, 2660 0,70, 2784 1,50, 2770 1.—, 2804 3,50, 2943 3,50, 2926 2,35, 2928 2,50, von J. R. 1.—, Abt. 4 1.— Mt. **Summa 294,20 Mt. Bereits quittiert 672,85 Mt. Summa 7017,85 Mt.**

Für den Pressefonds gingen ein vom 5. Kreis: Auf Liste Nr. 3104 50.—, 3118 23.—, 3126 39,25, 3141 4.—, 3157 7.—, 3163 15,50, 3101 12.—, 3149 6.—, 3151 8.—, 3154 9,75, 3228 —.— Mt. Außerdem: Von Kanonier Max Jä durch Varuch 5.— Mt., von A. R. im Felde durch Karrey 2.— Mt.

Für den Pressefonds von einem Angestellten der Flugzeugwerke in Johannisthal 1,50 Mt.

### Nachruf.

#### 3. Wahlkreis.

Am 8. September 1917 verchied nach längerer Krankheit unser langjähriges Mitglied, der Genosse Drechslermeister

#### Heinrich Prühmann.

Am 12. September verchied nach langem Leiden unser Genosse, der Gastwirt

#### Paul Abendroth

Köpenicker Straße 187.

#### 6. Wahlkreis.

Am Montag, den 10. September, verstarb unsere Genossin, die Blätterin

#### Margarete Stange

Christiania Str. 116, 18. Abt., Bez. 814.

Am Dienstag, den 11. September, verstarb unsere Genossin, die Arbeiterin

#### Margarete Hein

Briezenerstr. 27, 18. Abt., Bez. 818 a.

#### Wahlverein Neukölln.

Im August verstarb unser Genosse

#### Oskar Igel

Emser Str. 92, 14. Bez.

#### Wahlverein Schöneberg.

Am Donnerstag, den 6. September, starb nach langjähriger Krankheit, im Alter von 43 Jahren, unser Genosse

#### Karl Moritz

Martin Lutherstr. 27.

#### Wahlverein Treptow-Baumtschulenweg.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser

#### Paul Haselhoff

Baumtschulenstr. 187, Bez. 3.

im 80. Lebensjahr am Montag, den 17. September, verstorben ist.

#### Wahlverein Howawes.

An einem unheilbaren Leiden gestorben ist am 9. September 1917 der Genosse

#### Karl Hiemke.

Ehre ihrem Andenken!

### Unabhängige Sozialdemokratische Partei. Ortsverein Neukölln.

Montag, den 24. September, abends 8 Uhr, findet in den Passagiesälen, Bergstr. 151/52, der

### Frauenleseabend

statt. — Tagesordnung: 1. Die Bedeutung der Gas- und Kohlenfrage für die Frau im Haushalt. Referent: Reichstagsabgeordneter F. Jubeil. 2. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erwünscht. Der Vorstand.

### Buchdruckerei

**Maurer & Dimmick**  
SO 16, Köpenicker Strasse 36/38.

Anfertigung von:

Zeitschriften — Statuten — Qualitätsmarken — Billets —  
Mitgliedsbüchern — Programmen  
sowie sämtlichen Drucksachen.

### Nachruf!

Am 8. September verstarb unser Kollege, der Bandsägenschnelder

#### Hermann Lorenz

im Alter von 55 Jahren.

Wir werden demselben stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Kolle innen und Kollegen  
der Firma M. Matthay, Schleifstr. 32.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

#### 2. Wahlkreis.

Bei den letzten schweren Kämpfen fiel durch Granatschuß am 4. d. M. unser Mitglied, der Genosse Schlosser

#### Adolf Matthes

Kretzbergstr. 45, 5. Abt., Bez. 89.

#### 3. Wahlkreis.

Am 3. Juni fiel durch Granatschuß unser Genosse, der Kohlenhändler

#### Otto Willmann

10. Abt., 281. Bezirk.

#### 4. Wahlkreis.

Im September fiel unser Genosse

#### Gustav Sawade

Gr. Frankfurterstr. 73, Bezirk 267.

Am 24. Juli fiel unser Genosse

#### Paul Holz

Rantewallstr. 63, Abt. 18.

#### 6. Wahlkreis.

Infolge einer durch einen Granatsplitter erhaltenen Verwundung verstarb am 23. August im Feldlazarett der 37 Jahre alte Brauereiarbeiter

#### Wilhelm Dietrich

Gleinstr. 70, 8. Abt., Bez. 598.

#### Wahlverein Charlottenburg.

Am 20. Juli fiel im Alter von 21 Jahren unser Genosse

#### Emil Skionski

2. Gruppe, Knobelsdorferstraße.

#### Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Lichtenberg.

Als Opfer des Weltkrieges starb am 1. Sept. unser Genosse, der 40 Jahre alte Stuckateur

#### Willi Wengels

Gärtnerstr. 29a, 1. Viertel, 9. Gruppe.

#### Bezirk Reinickendorf-Ost.

Durch Artillerie-Geschöß fiel am 30. August 1917 im Alter von 21 Jahren unser treues Mitglied, früherer Jugendleiter, der Genosse

#### Max Heinke

Provinzstr. 82.

#### Wahlverein Zenthen-Miersdorf.

Am 8. September 1917 starb nach kurzem schweren Leiden im Felde unser langjähriger Parteigenosse, der Zimmerer

#### Wilhelm Lehmann

Zenthen.

#### Wahlverein Howawes.

Auf dem Schlachtfelde fand im Juli seinen Tod der Genosse

#### Paul Kettler.

Ehre ihrem Andenken!

## Stockholm.

Die Hoffnungen und Erwartungen, die das internationale Proletariat und alle christlichen Friedensfreunde auf die sozialistische Friedenskonferenz gesetzt haben, werden einer harten Prüfung ausgesetzt. Der Gedanke, die Konferenz könne dazu beitragen, der Welt einen vierten Kriegswinter zu ersparen, muß zu Grabe getragen werden. Nicht aber der Konferenzgedanke selbst. Solange an allen Kampffronten die eiserne Wirtel rollen, solange die Ententeeregierungen im Vertrauen auf die amerikanische Hilfe vom Jahre 1918 den entscheidenden militärischen Erfolg erwarten, solange bei den Mittelmächten einflußreiche Kreise kriegsverlängernde Eroberungspläne verfechten, solange muß auch der internationale Sozialismus jede Gelegenheit wahrnehmen, für den Frieden zu wirken. Die Stockholmer Konferenz ist und bleibt unter den gegebenen Verhältnissen die Front, von der aus eine umfassende Generatoffensive für den Frieden in die Wege geleitet werden kann. Wir sehen am russischen Beispiel, daß die Sozialisten eines einzelnen Landes, selbst wenn der Friedenswille eines ganzen großen Volkes hinter ihnen steht, nicht in der Lage sind, den kriegerischen Verwicklungen ein Ende zu machen, solange nicht in allen Ländern gleichmäßig in sozialistischem Sinne für den Frieden gearbeitet wird. Eine solche internationale Friedensarbeit kann aber nur dann planmäßig und nach einheitlichen Gesichtspunkten erfolgen, wenn vorher auf einer internationalen Konferenz eine Verständigung erzielt ist. Der Konferenzgedanke an sich kann und darf daher nicht tot und abgetan sein. Alle Enttäuschungen und bitteren Erfahrungen, die sich bis heute an den Namen Stockholm knüpfen, dürfen nicht zu einer verärgerten und stumpfen Resignation führen. Der Sozialismus muß einen Ausweg finden aus dem Chaos, das durch die Weltkatastrophe geschaffen worden ist, oder aber die kriegerischen und imperialistischen Gewalten treiben das Völkergeweseln ins Endlose oder kommen zu einem Frieden, der nur ein Waffenstillstand ist und eine neue Katastrophe in seinem Schoße trägt.

Uns internationale Sozialisten darf an der Aufrechterhaltung des Konferenzgedankens auch nicht die Tatsache irren machen, daß auch der internationale Regierungsozialismus, auf der einen Seite mit reklamehafter Aufdringlichkeit, auf der anderen gehoben und gedrängt, nach Stockholm gehen wird. Wir haben in diesen Spalten schon oft dargelegt, warum wir es für einen schweren taktischen Fehler halten würden, wenn die internationalen gebildeten und auf dem Boden der Zimmerwalder und Kienthaler Beschlüsse stehenden Sozialisten in Stockholm einer Auseinandersetzung mit dem Regierungsozialismus auf dem Wege gehen würden. Die Ereignisse der letzten Zeit haben uns in unserer Auffassung nur bekräftigt. Die politischen Vorgänge in allen Ländern zeigen, daß überall der Stern des Regierungsozialismus sich seinem Untergang zuneigt. Überall wird er jetzt vor die Wahl gestellt, ob er weiterhin mit kriegerischen Regierungen zusammenarbeiten, ob er auch weiterhin als staatsbehaltender Faktor im kapitalistischen Klassenstaat gelten will, oder ob er dem proletarischen Friedenswillen und den Geboten einer entschiedenen proletarischen Politik folgen will, deren Notwendigkeit ihm das Gähren und Brodeln in breiten Volksschichten aller Länder zu Gemüte führt. Die Parlamentarier, Journalisten, Partei- und Gewerkschaftsführer, die jetzt allein die Kerntruppe des internationalen Regierungsozialismus ausmachen, müssen in Stockholm zu einer klaren Entscheidung gedrängt werden. Das kann nicht geschehen, wenn man sie in Stockholm unbeeinträchtigt unter sich läßt und ihnen ermöglicht, auch weiterhin politisch ungeschulte breite Massen mit ihren Friedensodeklamationen und nationalsozialen Argumenten zu blenden und irre zu führen. In der Hand der entschiedenen internationalen gebildeten Sozialisten liegt es, auf einer gemeinsamen großen Konferenz Beschlüsse und Entscheidungen durchzuführen, die einmal alle Parteien zu einer umfassenden Aktion für den Frieden verpflichten, dann aber auch den Regierungsozialismus in der Weise bloßstellen, daß er entweder von einer solchen Aktion nichts wissen will und damit sich selbst vor der ganzen Welt als Verräter am Sozialismus brandmarkt, oder daß er vor solchen Aktionsbeschlüssen kapituliert und damit seine bisherigen Kriegshandlungen eingesteht. Sache der einzelnen Parteien wird es dann sein, aus einem solchen Eingeständnis die entsprechende Konsequenz zu ziehen und mit einer Führerschaft abzurechnen, die ein reiches Maß Mitschuld an Dauer, Verlauf und Wir-

lungen des Weltkrieges getragen hat und 3/4 Jahre Zeit braucht, um sich auf ihre internationalen Pflichten zu besinnen.

Ein solches Schicksal scheinen die verbohresten Regierungsozialisten haben wie drüben im voraus zu ahnen. Anders ist der aktive und passive Widerstand französischer Regierungsozialisten und englischer Sozialpatrioten gegen die Stockholmer Konferenz und ihre jämmerliche Haltung in der Papierverweigerungsfrage nicht zu verstehen. Darüber kann auch die aufdringlich zur Schau getragene Begeisterung der deutschen Regierungsozialisten für Stockholm nicht täuschen. Was davon zu halten ist, das offenbarte dieser Tage Herr Heilmann in der J. R., als er von einer „endgültigen Abreise an Stockholm und dem vollständigen Scheitern der Konferenz“ mit schlecht verhehlter Genugtuung schrieb, weil die Russen von einer Konferenz ohne Franzosen und Engländer nichts wissen wollen.

Der Regierungsozialismus ist zwar eine internationale Erscheinung, seine Gedankengänge und seine Taten sind in allen Ländern wesensgleich, aber es liegt in seiner Natur, daß er in seiner nationalen Begrenztheit dem Regierungsozialismus der anderen Länder genau so feindselig gegenübersteht, wie sich die kriegsführenden Regierungen feindselig gegenüberstehen. Es wäre daher eine große Unterlassungsünde der auf gemeinsamem internationalen Boden stehenden Sozialisten, wenn sie in Stockholm nicht die innere Uneinigkeit des Regierungsozialismus zu dessen Bloßstellung ausnutzen wollten.

Wir wissen nicht, welches Ergebnis die am 5. September zusammengetretene Zimmerwalder Konferenz gehabt hat. Ihre Verhandlungen waren vertraulich und hatten nur vorbereitenden Charakter, konnten doch Franzosen, Engländer und Italiener nicht daran teilnehmen. Wir hoffen aber, daß in den Vorbereitungen die Teilnahme an der allgemeinen Konferenz beschlossen worden ist.

Inzwischen ist vom holländisch-standinavischen Komitee gemeinsam mit dem Beauftragten der russischen Sowjets ein Manifest erlassen worden, in dem es u. a. (wir zitieren nach einer Stockholmer Meldung des „Vorwärts“) heißt:

„Das Komitee erklärt zunächst auf das entscheidende, daß der Plan, nach Stockholm eine internationale Sozialisten- und Arbeiterkonferenz einzuberufen, nicht aufgegeben ist und nicht aufgegeben wird. Hätte die englische und französische Delegation ihre Pässe erhalten, so hätte die Konferenz am 9. September stattgefunden. Sie wird stattfinden, sobald die Pässe erteilt sind und das Datum wird dann unverzüglich festgesetzt werden.“

Eine brutale Papierverweigerung, die der offenbare Reflex einer wachsenden Reaktion ist, kann das Proletariat nicht aufhalten. Darum appellieren wir an die Arbeiter Frankreichs, Italiens, Großbritanniens und der Vereinigten Staaten, sich nicht das elementare Recht eines freien Meinungs-austausches nehmen zu lassen.

Die Arbeiterklasse aller Länder wird sicherlich den Freiheiten der internationalen Reaktionen Widerstand leisten, die schon den Bekreudungen der russischen Gegenrevolution Beifall klafft. Wir sprechen zugleich die feste Hoffnung aus, daß die Sozialisten Deutschlands und Oesterreichs ihre Pflicht als Sozialisten erfüllen und gegen jedes Projekt und jede Taktik protestieren werden, welche versuchen sollte, die (russische) Revolution zu untergraben und Deutschland zu Mitschuldigen der Gegenrevolution zu machen. Die Stockholm anhängenden Parteien werden angesichts dieser Ereignisse begreifen, daß es uns unmöglich ist, im Augenblick auf das Telegramm der französischen Sozialistenpartei, die uns völlige Handlungsfreiheit ließ und auf den Brief der sozialdemokratischen Parteien Oesterreichs und Deutschlands, die auf der Festlegung eines endgültigen Datums bestanden, präzise Antwort zu geben. Das Komitee beschloß jedoch, seine Aktion ruhig und entschieden fortzusetzen. Es wird bald die gesammelten Denkschriften, die von den angeschlossenen Parteien eingereicht sind, nebst einem Generalbericht publizieren, der ein objektives Exposé der von allen Organisationen erhobenen Fragen sein wird. Endlich beschloß das Komitee, falls die betreffenden Organisationen es wünschen, zu einer neuen Alliertenkonferenz sowie zu jeder anderen von den angeschlossenen Parteien organisierten Konferenz einige Mitglieder zur Berichterstattung abzuordnen.

Stockholm ist nur eine Etappe auf dem Marsche des internationalen Sozialismus. Die zusammenfassende Aktion des Proletariats wird ihre volle Wirkung erst dann ausüben, wenn die Konferenz ihr Aktionsprogramm entworfen hat. Sie wird nicht mit der Einkleidung der Weindelligkeiten enden; sie wird vielmehr dann erst am meisten die Ereignisse überwachen und ihre eigene Lebenskraft und Einschlußkraft beweisen müssen. Der Gedanke von Stockholm eröffnet eine neue Phase im Kampfe des Proletariats gegen den Imperialismus durch Wiederherstellung einer zu gemeinsamen Aktionen fähigen

internationalen Arbeiterklasse. Er will, daß dieser Krieg der letzte sei, er will die Staaten demokratisieren, neue Konzepte und Wirtschaftskriege verhindern, er will vor allem durch Rechtsgarantien und Schiedsgerichte eine friedliche und zu Lande und zu Wasser entwaffnete Welt, ein Europa der Demokratie und der wahrhaften Freiheit aufrichten. Inmitten des entfesselten Hasses verzichtet die Arbeiterklasse nicht auf ihr Ideal der menschlichen Verbrüderung! Wenn ihr wollt, Genossen, wird die Konferenz bald stattfinden. Dazu genügt, daß die Parteien sich ihrer großen Verantwortung bewußt werden. Für das ganze organisierte Proletariat bleibt es bei der Losung: Auf nach Stockholm!

Die dürftigen Nachrichten, die aus Frankreich und England zu uns gelangen, lassen immerhin erkennen, daß die dortigen Minderheiten einen energischen Kampf gegen die Papierverweigerung führen und sich dabei auf immer größere Sympathien der breiten Massen stützen können. Sobald die französische Kammer wieder zusammengetreten sein wird, wird sie zu einer sozialistischen Interpellation wegen der Papierverweigerung Stellung zu nehmen haben. Weiter unten bringen wir noch eine ausführliche Darstellung über die vor einigen Wochen abgehaltene Konferenz der Ententesozialisten. Diese der „Humanität“ entnommenen Berichte sind von dem Führer der französischen Minderheit, Longuet, in einer anderen Zeitung ergänzt worden. Es erhelte daraus, daß die französischen Mehrheitssozialisten sich in London überaus klug benommen und dem Stockholmer Konferenzgedanken alle erdenklichen Schwierigkeiten gemacht haben. Longuets Mitteilungen lassen auch erkennen, wie scharf sich jetzt der Gegensatz zwischen Mehrheit und Minderheit zugespitzt hat.

### Eine Gewerkschaftskonferenz der Ententeländer.

Am 12. September hat in London eine Konferenz von Gewerkschaftlern stattgefunden, auf der Vertreter aus England, Frankreich, Italien, Belgien, den Vereinigten Staaten, Kanada und Serbien vertreten waren. Die Konferenz erklärte sich nach eingehender Besprechung der Kriegsziele für Abschaffung des Militarismus und der Geheimdiplomatie als Vorbereitung einer allgemeinen Abrüstung. Auf Grund des Selbstbestimmungsrechts aller Nationalitäten widerspricht die Konferenz allen gewaltsamen Annexionen. Sie verlangt die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und Freiheit aller unterdrückten und überwältigten Nationen. Der Handel soll frei sein. Schiedsgerichte sollen obligatorisch sein. Ferner soll eine Staatenliga nach den Plänen Wilsons gebildet werden. Nach einem Bericht des „A. T.“ führte der englische Bergarbeiterführer Smillies auf der Konferenz aus:

„Ich glaube, die Dinge sind in England jetzt in Bewegung gekommen, und das zwingt die Arbeiterbewegung zur Einheit. Ein ungeheurer Meinungswandel vollzieht sich in den großen Industriezentren und im Volke erhebt sich ein sehr mächtiger Sturm, das etwas geschehe, um einen baldigen Frieden herbeizuführen. Die Gegner meines Standpunktes (in der Konferenzfrage) behaupten, daß auch sie den Frieden wünschen. Ich gebe das zu. Die Hauptfrage aber ist, wann es Zeit wird, zu versuchen, den Frieden herbeizuführen. Das jetzt eingeschlagene Verfahren strebt dahin, daß die Vertreter der alliierten Demokratien es zu einem gemeinsamen Standpunkt bringen möchten, bevor sie die Vertreter der Zentralmächte treffen. Es wäre eine Schande für die alliierten Länder, wenn sie Frieden schließen ohne Berücksichtigung des Arbeiterstandpunktes.“

Robert Williams, der Vertreter des Transportharbeiterbundes, fand noch viel kräftigere Töne. „Niemals“, sagte er, „gab es einen Krieg, in dem die regierenden Klassen mit Hilfe heimlicher Methoden energischer danach strebten, einen Frieden, der ihnen gefällt, herbeizuführen. Die Romanows sind gegangen, und ich muß sagen: Gott sei gedankt, wenn sich einmal vor dem Buckingham Palace (die Residenz des englischen Königs) ein Anschlag findet „zu vermieten“. (Großer Beifall.)

Auf der Konferenz hat die Frage des internationalen Gewerkschaftssekretariats eine Rolle gespielt. Der derzeitige Sekretär, Herr Legien, hat es ja dank seiner autoritären und sozialpatriotischen Haltung verstanden, nicht allein die deutsche Gewerkschaftsbewegung einer schweren, inneren Krise zuzuführen, er hat sich daneben auch in der Gewerkschaftsinternationalen um jedes Vertrauen gebracht. So beschloß die Londoner Konferenz, daß das internationale Sekretariat von Berlin entfernt werden solle. In einer Resolution wird verlangt:

Es sollen die Meinungen der an die Internationale angeschlossenen Länder über die Verlegung des internationalen Büros von Berlin nach einem neutralen Lande eingeholt werden. Falls die Entscheidung zugunsten der Verlegung des Büros aus, so soll der

**Schweizerische Verband** ersucht werden, die nötigen Schritte zu unternehmen, um das Bureau in einem Lande zu errichten, über das von den verschiedenen Ländern abgestimmt werden soll.

Die französische und die serbische Sektion waren auferstanden, diese Entschliessungen anzunehmen, sie behielten sich aber das Recht vor, eine internationale Besprechung in Bern zu besuchen, auf der die Abstimmung stattfinden sollte. Die anderen Sektionen waren gegen eine Berner Konferenz und für die briefliche Abstimmung.

Der schweizerische Gewerkschaftsbund hat bekanntlich für den 1. Oktober einen internationalen Gewerkschaftskongress nach Bern einberufen. Ob dieser jetzt stattfinden wird, ist fraglich. Nach einer Meldung aus Bern hält der Schweizer Gewerkschaftsbund an seiner Absicht fest und hofft, daß die französischen und englischen Delegierten dazu erscheinen werden.

### Die russischen Arbeiter und die Stockholmer Konferenz.

Nach einem Drahtbericht des Stockholmer Sowjet-Bulletins vom 6. September hat der Vorsitzende des Zentralen Exekutivkomitees der Arbeiter- und Soldatenräte, Genosse Tschaidse, an die englische Arbeiterpartei (Labour Party) folgendes Telegramm gerichtet:

„Der Arbeiter- und Soldatenrat hat erfahren, daß die Konferenz der Labour Party den Anspruch der Minderheit auf eine autonome Vertretung ablehnte, und spricht seine Besorgnis aus, daß dieses auf die Vertretung der anderen Länder ungünstig zurückwirken kann, da es auch anderen Anlaß geben könnte, die Vertretung der Minderheiten anzusehen, z. B. die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der Arbeiter- und Soldatenrat meint, daß infolge des außerordentlichen Charakters der Konferenz die Vertretung aller Schattierungen der Arbeiterbewegung nicht nur wünschenswert, sondern sogar notwendig ist. Eine Abweichung von der Vertretungsnorm in diesem außerordentlichen Falle kann kein Präjudiz für die Zukunft bilden. Alle Parteien in allen Ländern haben beschlossen, den Minderheiten eine selbständige Vertretung zu gewähren. Ohne in die inneren Angelegenheiten der Labour Party einzudringen, bitten sie der Arbeiter- und Soldatenrat inhändig, diesen Umstand zu berücksichtigen und auch der englischen Minderheit die Möglichkeit zu geben, auf der Konferenz vertreten zu sein. Diesen Anlaß benutzend, spricht der Arbeiter- und Soldatenrat nochmals seine Hoffnung aus, daß die englischen Arbeiter alles mögliche tun werden, um die Konferenz baldigst zu verwirklichen. Wir senden ihnen unseren Brudergruß.“

Aus einem weiteren Drahtbericht des Sowjet-Bulletins geht hervor, daß zahlreiche Provinzorganisationen der Arbeiter, Soldaten und Bauern die englischen und französischen Arbeiter zu ihrem Beifluß nach Stockholm zu gehen, beglückwünschten. Der Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Kurla begrüßt den Kampf der französischen und englischen Sozialisten für die baldige Beendigung des Krieges und unterstreicht, daß der Friedensschluß selbst und die Ausarbeitung der gerechten Friedensbedingungen am besten durch die umfassende Beteiligung der Demokratie der kriegsführenden Länder an der Stockholmer Konferenz verbürgt wird. Der Kongress der Bauerndelegierten des Gouvernements Delonehl zusammen mit dem Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Petrosawodsk spricht seine Solidarität mit den verwandten Demokratien Englands und Frankreichs aus und begrüßt ihren Beschluß, an der Stockholmer Konferenz und dem Kampfe für einen Frieden teilzunehmen, der dem Imperialismus den Boden entzieht und die russische Revolution vor dem Untergang rettet. Gleichzeitig verweist das Exekutivkomitee auf die Notwendigkeit der Verteidigung des Landes vor dem militärischen Zusammenbruch, der auch den internationalen Kampf für den Frieden bedroht. Der Arbeiter- und Soldatenrat des fernen Ostens erblickt in dem Kampfe der verbündeten Sozialisten für das Recht der Teilnahme an der Stockholmer Konferenz den Ausgangspunkt der Aufklärung durch die Völker des imperialistischen Inhalts der auswärtigen Politik ihrer Regierungen und des Zusammenschlusses der Demokratie in dem Streben zum Frieden. Der Rat fordert die Befestigung der von den Regierungen berechneten Hindernisse, ruft das französische und englische Proletariat auf, den Kampf für den Frieden noch zu verstärken und damit Millionen von Menschenleben zu retten. Ähnliche Resolutionen wurden von den Arbeiter- und Soldatenräten in Lebedjansk, Kupiansk und anderen Städten angenommen, sowie von einer Reihe von Arbeiter- und Soldatenversammlungen in Petersburg. Die Provinzkonferenz der Sozialdemokraten in Charlow fordert, daß an der Stockholmer Konferenz Vertreter aller sozialistischen Strömungen teilnehmen, und daß die Beschlüsse der Konferenz zugunsten des russischen Friedensschlusses bindend sein sollen.

Zum Schluß teilt das Sowjet-Bulletin den Inhalt eines Aufrufes mit, mit dem das Allrussische Zentralkomitee der Gewerkschaften, das 1.400.000 organisierte Arbeiter vertritt, sich an die organisierten Arbeiter der Welt wendet. Der Aufruf schildert die Entwicklungsbedingungen der russischen Gewerkschaftsbewegung seit 1905 und ihr jetzigen Aufblühen und fordert die Arbeiter der ganzen Welt zum gemeinsamen Wirken für den Wiederaufbau der Internationalen auf. Da nach dem Kriege eine Ära erbitterter wirtschaftlicher Kämpfe zu erwarten sei, werde nur die Wiederherstellung der Internationalen auf der sicheren Grundlage der Aktivität imstande sein, die Arbeiterklasse vor der drohenden Verwilderung und Degeneration zu schützen. Der Aufruf

schließt mit den Worten: „Es lebe die internationale Vereinigung des Proletariats! Es lebe der Friede zwischen den Völkern! Es lebe der Sozialismus!“

### Die Konferenz der Ententesozialisten.

Ueber die Konferenz der Ententesozialisten in London bringt die „Humanité“ vom 3. und 4. Sept. einen Bericht, der das, was bisher bekannt wurde, in mancher Beziehung ergänzt. Ueber die Zusammenfassung, die Bildung der Kommissionen und dergleichen ist nichts wesentliches nachzutragen. Der Bericht über die eigentlichen Verhandlungen beginnt erst mit dem zweiten Tage. Zur Frage der internationalen Konferenz und der Pöhanglegenheit legte Genosse Ramsay MacDonald im Namen der Kommissionsmehrheit folgende Resolution vor:

„Indem die Konferenz folgende Tatsachen im Betracht zieht:

1. Daß es große, die Demokratie interessierende Probleme gibt, die von dem Krieg aufgeworfen und in den Vordergrund geschoben worden sind;

2. Daß ein einfacher militärischer Sieg, ein von der Geheimdiplomatie arrangierter Friede den Völkern Europas nicht die Gerechtigkeit und Freiheit zu sichern vermag, die die Bedingungen des internationalen guten Willens sind;

3. Daß in allen Ländern die kapitalistische Presse unter der Kontrolle der Regierungsjurisdiktion das Volk täuscht, und es verhindert zu verstehen, welches die Motive und Gründe sind, die die kriegsführenden Länder befehlen;

4. Daß die den verbündeten Demokratien primitiv vorgelegten Kriegsziele — Befreiung der unter ein zu schweres Joch gebeugten Völker und Befreiung der Nationen von dem Bedrückter Militarismus — Gefahr laufen, sich in Eroberungen und imperialistische Unternehmungen umzuwandeln.

erklärt sie, daß es nötig ist, daß die Demokratien in die Möglichkeit verlegt werden, direkt zusammen zu verhandeln in der Weise, daß die Kriegsziele der verschiedenen Nationen klar aufgestellt werden, und daß die Bedingungen eines Friedens, der dem Militarismus in Europa ein wirkliches Ende bereiten würde, diskutiert werden.

Dazu begrüßt die Konferenz mit Freude die Einladung zum Stockholmer Kongress, die vom Sowjet im Einvernehmen mit dem holländisch-Scandinavischen Komitee gemacht wurde, und sie heißt besonders die Disposition gut, vermöge deren die Minoritäten so gut wie die Majoritäten zum Kongress zugelassen werden sollen, damit der Kongress vollkommen repräsentativ sei und infolgedessen in der Lage, die Probleme von allen Gesichtspunkten aus zu beurteilen.

Außerdem erhebt die Konferenz angeichts der Erklärungen der verbündeten Regierungen, daß sie entschlossen seien, den Delegierten zu diesem Kongress die Pässe zu verweigern, ihren energischsten Protest und ruft die Arbeiter und sozialistischen Organisationen der verschiedenen Nationen auf, daß sie jede sich bietende Gelegenheit und alle Nachmittel, von denen sie unter den gegebenen Umständen Gebrauch machen können, benutzen, um eine Aenderung der Regierungsentscheidungen herbeizuführen.“

Es heißt dann in dem Bericht von Poisson, daß eine ziemlich konfuse Debatte — offenbar infolge der kurzen Redezeit von drei Minuten — entstanden sei, in der Wilson beklagte, daß man nicht ausgiebig die Generalfrage diskutieren könne, und Lougueit den Standpunkt MacDonald unterstützte. Lougueit verlangt einen energischen Kampf zur Erlangung der Pässe.

Im Augenblick der Abstimmung reicht der Belgier De Brouckere im Namen der belgischen Delegation eine Resolution ein, die anregt, einen gemeinsamen Boden für die Minimalbedingungen zu finden, die für den Zusammentritt einer internationalen Konferenz nötig seien. Dann könnte seiner Meinung nach einstimmig gegen die Verweigerung der Pässe protestiert und die Bedingungen festgelegt werden, unter denen Engländer und Franzosen an der Konferenz teilnehmen würden. Hundman brachte ein dritte Resolution:

„Die Konferenz erklärt sich gegen die Entsendung von Delegierten nach Stockholm, wo die Vertreter der deutschen sozialistischen Parteien sein würden, solange, wie Deutschland fortfahren wird, die besetzten Regionen besetzt zu halten und seinen Feldzug der Verheerung und der Piraterie fortsetzen wird.“

Vor der Abstimmung erklärten die französischen Mehrheitsdelegierten, wie sie es am ersten Tag angekündigt hatten, daß sie sich jeder Abstimmung enthalten würden, da feststehe, daß kein einmütiges Votum zustande komme. Um kein Mißverständnis aufkommen zu lassen, überreicht Renaudel namens der französischen Mehrheit und der italienischen Reformisten folgende Erklärung:

„Die französischen und italienischen Sozialisten, die nicht an der Abstimmung teilgenommen haben, erklären, daß sie gegen die Pöhverweigerung, die von den Regierungen der internationalen Konferenz von Stockholm oder jeder anderen Konferenz derselben Art, wo die alliierten Sozialisten vorhätten, die von ihnen angenommene Resolution zu verteidigen, protestieren.“

Sie werden Anstrengungen machen, eine andere Entscheidung ihrer Regierungen herbeizuführen.“

Die Resolutionen von Hundman und De Brouckere werden bei der Abstimmung abgelehnt, die Resolution MacDonalds mit unwesentlichen Aenderungen angenommen. Die französische Minderheit stimmt für die Resolution mit Ausnahme von Vorriot, der sich der Stimme enthielt.

Darauf folgte die Aussprache über Krieg und Frieden. Da die Kommission sich nicht auf einen Bericht einigen konnten, wurden alle Resolutionen verlesen; eine veränderte Resolution Thomas-Renaudel, die von Renaudel und Riboud unter-

stützt wurde, und der auch die portugiesischen Delegierten zustimmten, und eine Resolution von Goldenberg, die etwa die Einladungsbedingungen der Sowjets enthielt. Die französische Minderheit konnte sich auf keine der beiden Formeln einigen. In letzter Minute reichte noch Vorriot eine Resolution ein. Die von der französischen Mehrheit vorgelegte Resolution wurde mit einigen Aenderungen angenommen. Renaudel hatte jedoch außerdem eine Resolution vorgeschlagen, die die praktischen Schlussfolgerungen ziehen und die Kernzelle einer internationalen Aktion darstellen sollte. Sie forderte:

1. Eine Aktion der sozialistischen Parteien der alliierten Länder bei ihren Regierungen und bei ihren Parlamenten, um die Kriegsziele zu bestimmen und zu präzisieren.

2. Die sofortige Verwirklichung der Verträge unter den Alliierten, die unter ihnen das internationale Schiedsgericht organisieren sowie eine Vorbereitung einer ausgedehnten Organisation.

3. Die Entsendung einer Delegation zu Herrn Wilson, um diese Ansichten zu unterstützen und ihn zu ermahnen, die Initiative zur Konstituierung einer Studienkommission zu übernehmen, die von jetzt an beauftragt sein soll, die allgemeinen Linien und die Bedingungen einer Organisation der Gesellschaft der Nationen zu studieren.

4. Die Schaffung einer ständigen Kommission mit der Bestimmung, die Interalliierten-Konferenz zu verlängern, die hier genannten Aktionen durchzuführen und schließlich die verschiedenen Memoranden der alliierten Sozialisten in einem einzigen zu verschmelzen, um sie einer neuen Interalliierten-Konferenz zu unterbreiten, die im Hinblick auf die internationale Konferenz stattfinden könnte.

Um den Inhalt dieser Resolution zu verwirklichen, hatte Sidney Webb im Plenum einen Antrag gestellt, eine Kommission zur Verlängerung der Konferenz zu bilden und je zwei Vertreter für jede Nation in sie zu entsenden, diese Kommission sollte eine neue Konferenz vorbereiten. Das wurde angenommen. Die andere Aufgabe, die Entsendung einer Delegation an Wilson, wurde von Anderson von der Unabhängigen Arbeiterpartei bekämpft und ebenso von dem Russen Goldenberg, der erklärte, daß die Gesellschaft der Nationen nichts anderes sei, als eine bürgerliche Ideologie, was die Franzosen offenbar ziemlich ärgerte.

Die Arbeiten der Konferenz mußten in ziemlicher Eile abgebrochen werden, da ein Teil der englischen Teilnehmer zum Gewerkschaftskongress nach Bradford abfahren war. Vor der Trennung wurde noch eine von der Pressekommission ausgegebene Resolution deponiert, die von der französischen Mehrheit, der belgischen Partei, den italienischen Reformisten und den Nationalsozialisten Englands eingebracht war, daß sie keine anderen Beschlüsse anerkennen könnten als solche, die einstimmig gefaßt worden seien.

Vielleicht hätte eine Tagung, während derer über jeden einzelnen Punkt ausgiebig diskutiert werden konnte, mehr erzielt. Nach dem Bericht gewinnt man den Eindruck, daß sie vor allem unter der Hast, mit der man die Geschäfte abwickelte, gelitten hätte.

### Zum Würzburger Parteitag.

Der Vorstand der Regierungsozialisten erstattet zu dem Parteitag in Würzburg einen Geschäftsbericht, der sehr mager ausgefallen ist, wie in der Begründung gesagt wird, aus Raum- und Papierersparnis. Er hat auch Grund recht svariam zu wirtschaften, weshalbs svariamer als bisher, denn Mittelstand wie Pöffenverhältnisse lassen viel, sehr viel zu wünschen übrig. Das sagt der Parteivorstand selber. So allgemein der Bericht auch ist, so ist es doch von Interesse, was der Bericht über den Mitgliederstand sagt. Die echten Zahlen vor der Spaltung lauten:

am 31. März 1914	1085905	davon 174754 Frauen
am 31. März 1915	585898	134663
am 31. März 1916	482618	112418
am 31. März 1917	249061	66608

Diese Mitgliederzahl trifft heute längst nicht mehr zu. Wie wir mitteilen können ist die Zahl der wirklich beitragszahlenden Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei auf über 120000 gestiegen. Es muß ferner beachtet werden, daß der angegebene Bestand der abhängigen Mitglieder fünf Monate zurückliegt, namentlich also vor der Zeit, in der erst die eigentliche Rekrutierung der Unabhängigen Sozialdemokratie nach dem Parteitag in Gotha erfolgte. — Stellt man also den 249000 Mitgliedern der anderen von Ende März die jetzigen 120000 der Unabhängigen gegenüber, so werden selbst von diesen 249000 für den heutigen Bestand noch viele Zehntausende zu streichen sein. Wie die Verhältnisse aussehen werden, wenn der regierungsozialistische Parteivorstand zur Rechenschaft vor seinem Parteitag tritt, das läßt sich natürlich auch noch nicht absehen, aber wir dürfen mit Bestimmtheit annehmen, daß die Parteischwindigkeit drüben bis dahin noch viele weitere Opfer gefordert hat, was bei der von den Herrschenden betriebenen Politik selbstverständlich zu erwarten ist. Nun ist für eine oppositionelle Partei — namentlich in Zeiten wie den heutigen — nicht lediglich und ausschließlich die Mitgliederziffer allein maßgebend, aber für die Regierungsozialisten ist ohne weiteres anzunehmen, daß die zu ihnen haltenden Leute alle „geammelt“ sind, da eine Mitgliedschaft bei ihnen unter Umständen noch mit Belohnung und Anerkennung verbunden ist, während wir mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben.

Bemerkenswert ist auch, was der Geschäftsbericht über die Finanzen mitzuteilen für gut befindet. Danach haben die Einnahmen 583438 Mt., die Ausgaben 976295 Mt. betragen, so daß dem Vermögen 375000 Mt. entnommen werden mußten. Daß es seit Ende März nicht besser geworden ist, ist klar. Einnahmen von den Bezirksorganisationen erhielt der Vorstand so gut wie nicht, dagegen mehrten sich die Anträge um Zuschüsse.

Dazu ständiger Rückgang der Mitgliederziffer und steigender Begehr um Geld für notleidende Geschäfte und für ihre Presse. Bezeichnend ist bei dem großen Rückgang der Mitglieder — man bedanke von über eine

Million auf 248 000 und heute noch viel weniger —, daß die laufenden Kassaabgaben in der Verwaltung nahezu die gleichen geblieben sind. Wir sehen ab von den zu leistenden Ansagen für die Parteiforrespondenz, im Parteiarchiv, Bildung usw. und beschränken uns nur auf den Parteivorstand selber. Es sind noch heute die gleiche Zahl von bezahlten Parteivorstandsmitgliedern vorhanden wie vor dem Kriege: Ebert, Molkenbühr, Braun, Bartels, Müller, Gerlich, Scheidemann. Für die hinausgeworfene Genossin Jiez ist Frau Juchacz für die Frauenmagazin eingetreten. Das Gehalt für die Parteifreier ist im Jahre 1911 in Jena auf 5000 Mark festgesetzt. Spätere Zulagen nicht eingerechnet würde allein den oben genannten Mitgliedern des Parteivorstandes ein jährliches Gehalt von mindestens 45 000 Mk. gezahlt werden. Daß eines der Parteivorstandsmitglieder zu Gunsten der Parteikasse auf seine ihm aus dem Reichstags- oder Landtagsmandat zustehenden Diäten in Höhe von 8000 Mk. verzichtet hätte, ist uns im Laufe der Zeit nicht bekannt geworden, man hätte es sicherlich laut in die Welt hinausposaunt. Von anderen Nebeneinnahmen der Mitglieder des P. B. aus Delegationen und dergleichen sehen wir ab. Zu der Unterhaltung des Parteibüros kamen aber noch erhebliche Ausgaben hinzu. Und dieser große Apparat wird heute noch unterhalten. Die Parteien auf dem Geldsack und wirtschaften aus dem Vollen. Sie haben es leicht. Die Genossen haben ihnen früher im vollen Vertrauen in reichlicher Weise Geld geliefert, daß sie nun zur Erhaltung ihrer sehr lukrativen Existenz und zur Bekämpfung der ihnen unbehaglichen sozialistischen Propaganda verwenden. Aber auch der tiefste Brunnen wird sich ausschöpfen, wenn nicht neues Wasser hinzukommt. So wird es den Regierungssozialisten auch gehen. Das erkennen immer weitere Kreise, daß es den heutigen Machern im Parteivorstand nicht um eine entschiedene sozialdemokratische Politik zu tun ist, sondern um ein Lavieren, ohne jeden festen Halt, im Sinne einer sozial-reformatorischen Regierungspartei.

Das geht auch aus der Verteilung hervor, die der Bericht der Reichstagswahl für Spandau-Ost-Haveland zu teil werden läßt. Er feiert die Wahl Stahls als einen großen Erfolg, wo es doch offenkundig ist, daß die Wahl Stahls nur mit Hilfe aller bürgerlichen — Konservativen, Selben, Freisinnigen, Reichsverbändler — zustande gekommen ist.

Wenn die Leute noch Scham hätten, müßten sie ängstlich vermeiden, auch nur ein Wort über die Wahl zu verlieren, die ein ewiger Schandfleck in der Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung bleiben dürfte.

Ob in Würzburg auch nur einer der Getreuen wider den Stachel locken wird, wagen wir zu bezweifeln.

### Spaltung der Rathausfraktion.

Daß die Entwicklung im Parteileben auch auf die Vertretungskörperschaften nicht ohne Einfluß bleiben würde, war für jeden Kenner der Verhältnisse selbstverständlich. Noch vor der Rekonstitutionierung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei in Gotha stellten die Regierungsozialisten im Februar d. J. im 11. Berliner Landtagswahlbezirk einen eigenen Kandidaten auf, der allerdings schmählich hinfiel. Damit war für Berlin das Signal gegeben, daß nunmehr auch bei künftigen Wahlen in gleicher Weise vorgegangen werden würde. Wir hatten das auch gar nicht anders erwartet, zumal die Generalversammlung des Verbandes der Wahlvereine in seiner Tagung am 23. Oktober die bei dem Vorwärtstraub beteiligten Mitglieder des P. B. und seiner Trabanten als ehrlos erklärte und sich verpflichtete, dafür zu sorgen, daß diesen Leuten keinerlei Mandate übertragen werden. Die Gothaer Tagung schaffte volle Klarheit und stellte die Selbstständigkeit und Aktionsfreiheit der Bewegung her. Im Reichstage war die Trennung längst vor Gotha erfolgt. Im preussischen Landtage trat gleichfalls die Scheidung ein. Es entstand nunmehr die Frage: Wie stellen sich die Genossen in den Gemeindeparlamenten? Bei noch so verschiedener Grundfassung über sozialdemokratische Grundzüge wird es sehr viele Fragen geben, über die eine Meinungsverschiedenheit zwischen den ehemals Verbundenen, jetzt aber infolge der Trennung in der Partei sich vielfach Beschuldenden nicht geben wird. Es wird auch wie früher schon die Auffassung über den sozialen Wert bestimmter Maßnahmen für die Arbeiterklasse und die Akzeptierung gewisser Konzessionen verschieden sein, immerhin dürften aber auch Fragen zur Verhandlung und Entscheidung kommen, bei denen die Notwendigkeit zutage tritt, mit aller Deutlichkeit und Schärfe die Richtigkeit und Schädlichkeit derselben vom allgemeinen sozialistischen Standpunkte aus zu beurteilen und nicht bloß vom Nützlichkeitsstandpunkte aus.

Für die auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei stehenden Rathausvertreter entstand nach Gotha daher die Frage, ob sie an die Bildung einer selbstständigen Fraktion herangehen sollten. Daß diese Selbstständigkeit eintreten mußte, war nicht zweifelhaft. Zunächst hatten die Genossen und Wähler als Auftraggeber selber das Wort. Leider konnten sie nicht in der breiten Öffentlichkeit Stellung nehmen. Vielmals wählten sich die Genossen bestimmter Kommunalwahlbezirke mit ihren Stadtverordneten direkt auseinander und erklärten, diejenigen, die von vornherein sich als besonders aktive Sonderbündler betätigt hatten, nicht mehr als ihre Vertreter anerkennen zu wollen.

Die im Herbst in Aussicht stehenden Stadtverordnetenwahlen bedingten im Juli bzw. August eine Stellungnahme zu der Kandidatenfrage. Es war natürlich, daß unsere Genossen nur solche Kandidaten aufstellen würden, die Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei sind und daß die Regierungssozialisten nicht minder Leute ihrer Richtung unseren Kandidaten gegenüberstellen würden. Damit wäre aus den Verhältnissen heraus ganz von selbst eingetreten, was sonst eintreten muß: die Spaltung der Fraktion im Rathaus. Die fälligen Ersatzwahlen kamen aber nicht zustande, indem die Stadtverordneten-Versammlung von einer Ministerialverfügung Gebrauch machte, wonach die im Herbst fälligen Stadtverordnetenwahlen auf das nächste Jahr verschoben werden. Unsere Genossen mußten nun zu dieser Frage Stellung nehmen. Die Sommerferien ließen die Entscheidung etwas verzögern. Inzwischen wurde auch immer dringender von den Parteigenossen in den Kreisen klare Stellungnahme gefordert. Das war gut so und auch richtig. Diese Entscheidung ist nun erfolgt. Die auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei stehenden Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung haben in einer stattgehabten besonderen Zusammenkunft die Sachlage eingehend besprochen. Es wurde ausgesprochen, daß die sozialdemokratische Vertretung im Rathaus während ihrer Tätigkeit und durch ihre intensive Arbeit zahlreiche für die erwerbstätige Bevölkerung Berlins wesentliche Vorteile und Einrichtungen geschaffen habe, nicht zuletzt durch das zähe, unentwegte Vorwärtsdrängen in sozialer Richtung. Der Einfluß der sozialdemokratischen Stadtverordneten sei ständig gestiegen. Man müsse sich aber hüten, die Politik allzusehr auf kleine Konzessionen einzustellen, als vom entschiedenen sozialdemokratischen Standpunkte aus die einzelnen Fragen zu behandeln.

Vor allen Dingen aber gelte es jetzt, auch nach außen mehr kenntlich zu machen, damit die große Trennung in der politischen Partei auch in der Rathausvertretung sichtbar in Erscheinung tritt und die Gemeinschaft mit Leuten zu lösen, die in ihrer Sonderorganisation uns mit den niedrigsten Mitteln befehlen und verunglimpfen und auch, von Ausnahmen abgesehen, mit wahrer Sozialdemokratie nichts mehr zu tun haben.

Daher wurde beschlossen, sich als selbstständige Fraktion der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei zu konstituieren.

Aufgabe der Fraktion wird es sein, auch auf kommunalem Gebiet in wahren sozialistischen Geiste zu wirken und — ohne errungene Konzessionen für die Gesamtbewegung zu überschätzen — die Interessen der erwerbstätigen Bevölkerung ohne jede Rücksicht wahrzunehmen.

### An die Parteigenossen Berlins!

#### Parteigenossen!

Die zur Unabhängigen Sozialdemokratie gehörigen Mitglieder der Berliner Stadtverordnetenfraktion haben sich nunmehr als selbstständige Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten konstituiert.

Wir haben zwischen den Abhängigen und uns den Trennungsstrich gezogen, um entsprechend dem sozialdemokratischen Programm, auf Grund dessen wir gewählt sind, die Interessen der Berliner Arbeiterklasse im roten Hause mit Energie und Tapferkeit wahrzunehmen, wobei unser unvergesslicher Paul Singer uns immer ein leuchtendes Vorbild sein wird.

Parteigenossen! Wir haben nicht vergessen und werden nie vergessen, daß wir von Euch gewählt sind, um unabhängig von allen Einflüssen des Bürgertums das Berliner Proletariat zu vertreten. Wir appellieren an Euch, uns in den schweren kommunalen Kämpfen, die bevorstehen, zu unterstützen. Nur eine Fraktion, die in den breiten Massen der Berliner Arbeiterklasse wurzelt, kann wirklich und erfolgreich die Interessen der Enterbten wahrnehmen.

Mit Parteigruß!

Für die Fraktion der unabhängigen Sozialdemokraten:  
Der Vorstand.  
J. A.: W e y l.

### Weniger Gas für erhöhten Preis.

Die in Aussicht stehende Gaspreiserhöhung für Groß-Berlin wird im kommenden Winter sehr weite Kreise recht fühlbar werden. Einmal verschlechtert sich die Qualität des Gases ständig und liefert weniger Heizkraft, dann aber wird auch das Quantum eingeschränkt, was bei der schon verfügbaren Kohleneinschränkung sehr ins Gewicht fallen dürfte. Es war deshalb ganz natürlich, daß die Frage der Gaspreiserhöhung, die am Donnerstag voriger Woche auf der

Tagungsordnung der Berliner Stadtverordneten-Versammlung stand, in der Bürgerschaft großes Interesse hervorrufen würde. Die Folge war, daß bereits lange vor Beginn der Stadtverordnetenversammlung ein Aufruf auf die Tribünen erfolgte. Schon vor 5 Uhr wurde der Zugang zu den Tribünen wegen Ueberfüllung geschlossen und viele Frauen, die gekommen waren, um den Verhandlungen zu folgen, konnten keinen Einlaß finden und mußten wieder umkehren. Vornehmlich waren es Genossinnen, die das Gros der Tribünenbesucher bildeten.

Zunächst wurden sie auf eine lange Geduldsprobe gestellt, da ein Protest gegen die preussische Regierung über den Verkauf der englischen Gasanstalt erledigt werden mußte. Die Regierung will den Landkreisen die Herrschaft über die Städte geben, obwohl die Städte und eine Anzahl Landgemeinden, die als Käufer der Werke der Englischen Gaswerke in Frage kommen.

Dann erst kam die Gasfrage zur Verhandlung. Die bürgerlichen Gruppen der Versammlung suchten sich einer längeren Erörterung in der öffentlichen Stadtverordnetenversammlung zu entziehen, indem sie kurzer Hand die Verweisung der Vorlage an einen Ausschuss beantragten, ohne sich sachlich zu besagen Preis-erhöhung zu äußern. Die Sozialdemokraten machten durch diese Art der Behandlung einer die Bevölkerung Groß-Berlins tief berührenden Frage einen dicken Strich, indem sie durch ihren Redner eine scharfe Kritik an der Vorlage übten und keinen Zweifel darüber aufkommen ließen, daß sie unter keinen Umständen gewillt seien, in der heutigen schweren Zeit weiten Kreisen des Volkes zu den großen Lasten noch neue aufhalsen zu lassen. Die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners wurden von den Tribünenbesuchern durch laute Zustimmung und wiederholtes Händeklatschen stark unterstrichen, was den greisen Stadtverordnetenvorsteher so unangenehm berührte, daß er wiederholt drohte, die Tribünen räumen zu lassen. Inzwischen hatte sich eine Abordnung von fünf Genossinnen im Vorraum des Stadtverordneten-Sitzungslokales eingefunden, die unter allen Umständen den Herrn Oberbürgermeister sprechen wollten. Durch Vermittlung eines parteigenössigen Stadtverordneten erklärte sich Herr Bermuth bereit, die Genossinnen während der Verhandlung in seinem Amtszimmer zu empfangen. Als Sprecherin der Abordnung trug Genossin Fahrwald die Ansicht der Arbeiterfrauen über die Gaspreiserhöhung, über die Gas- und Kohleneinschränkung und ihren verschiedenen Einspruch über diese neue Belastung und Erschwerung der Lebenshaltung der erwerbstätigen Bevölkerung vor. Der Oberbürgermeister legte dar, daß auch die Stadt darauf sehen müßte, daß sie infolge der enorm gestiegenen Produktionskosten nicht weiter Defizit mache. Auf allen Gebieten müsse die Stadt große Opfer bringen; alle Ausgaben wachsen. Wo solle das alles herkommen. Da müsse auch auf Einnahmen Bedacht genommen werden. Die Unterredung fand ihren Abschluß mit dem Versprechen des Herrn Oberbürgermeisters, die ihm vorgetragene Darlegung dem Magistrat zu unterbreiten.

Im Saale widelten sich die Verhandlungen unter recht lebhafter Zustimmung des Tribünenpublikums ab. Eine Entscheidung wurde über die Vorlage nicht getroffen; sie wurde einem Ausschuss von 15 Mitgliedern zur Vorberatung überwiesen, in den die sozialdemokratische Fraktion die Mitglieder Eichhorn, Heilmann, Leid, West und Wurm delegierte. Erst wenn die Ausschussverhandlungen beendet sind, wird die Stadtverordneten-Versammlung die endgültige Entscheidung treffen. Die bürgerlichen Gruppen sind gewillt, die Erhöhung anzunehmen.

Hätten wir eine Vertretung Berlins, die nicht auf Grund eines Dreiklassenwahlrechts in Verbindung mit dem Hausbesitzerprivileg zusammengesetzt ist, sondern die den Willen der großen Masse der arbeitenden Bevölkerung widerspiegelt, so würde Gewähr gegeben sein, daß dieser Wille auch im Rathaus zur Geltung kommt. Solange das nicht der Fall ist, werden die Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung immer nur als der Ausschluß einer privilegierten Versammlung angesehen werden müssen.

### Ein Urteil über die J. A.

Im Anschluß an die jüngste Auseinandersetzung zwischen Heilmann und Stamper, dem ferner aus Anlaß des Wilson-Artikels im „Vorwärts“ über die Hühneraugen getreten war, schreibt die „Wiener Arbeiterzeitung“, ein Blatt, das im großen und ganzen durchaus den „Rehrheits“-Standpunkt vertritt:

„Wenn diese Auseinandersetzung der Ausgangspunkt wäre für eine Auseinandersetzung der Partei mit all den Leuten von der Beschaffenheit des Herrn Heilmann, wäre das im Interesse der deutschen Sozialdemokratie sehr zu begrüßen. Denn die Partei trägt schwer an diesen Leuten, und es ist viel weniger ihre eigene Politik, an die manches hier verurteilende Wort ge-

richtet ist als die skandalösen Ausschreitungen, die von den Heilmann ausgehen, und die auf der Partei laien, so lange sie sie nicht kräftig absperrt. Es ist wohl zu erwarten, daß der kommende Parteitag die so nötige scharfe Scheidung zwischen der Partei und gewissen Heilmannern, die geistig schon ganz in das bürgerliche Lager übergetreten sind, geben wird. Ernst Heilmann hat bekanntlich vorher die „Chemnitzer Volkstimme“ zu einem extremen Kriegsbillettingenettet; er ist jetzt bei der S. R. der leitende Mann. Was für Ansichten er hat, zeigt ein Artikel in der „Blode“ — einer Wochenschrift, die sich als Hauptwerk der Verhöhnung der Internationale erlesen hat — worin er die Forderung nach einer parlamentarischen Regierung mit den schändlichsten Worten überfällt. Die Einseitigkeit des Gedankenganges nimmt dem Aufsatz allerdings alle Gefährlichkeit. Aber dafür, was von gewissen Leuten nun als sozialdemokratische Anschauung ferdert werden kann, ist der Aufsatz doch bezeichnend; mehr noch freilich der Mann, der nun Kronzeuge aller Häßer des Friedens und der Demokratie geworden ist.

Wir haben dieser Kennzeichnung des S. R. Konfortiums und seiner Leute nichts hinzuzufügen, bestätigt sie doch nur die Richtigkeit jener Kritik, die wir, wie die gesamte Arbeiterpresse des In- und Auslandes seit Jahr und Tag an dem Heilmannertum jener Kreise geübt haben, die protegiert von den Spitzen der Gewerkschafts- und Parteibureaucratie die sozialdemokratische Presse immer tiefer in den Sumpf des flüchtigen Opportunismus und der Grundlosigkeit hineintrogen. Veldor überzieht die Wiener Arbeiterzeitung diese Zusammenhänge, indem sie dem Parteitag der Abhängigen die Ausgabe zuweist, die so nötige scharfe Scheidung zwischen der Partei und den Heilmannern vom Schlage Heilmanns zu ziehen. Diese Scheidung ist durch die Bildung der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands bereits vollzogen. Das bürocratische Gewebe, das sich heute noch als sozialdemokratische Partei Deutschlands ausgibt, um im Besitz des Parteiapparates die geistige Emancipation der Arbeiterklasse zu hemmen, kann diese Scheidung gar nicht vollziehen, da es selbst der Gefangene der konsequentesten Umturner und Ueberläufer ist. Der Wiener Arbeiterzeitung ist freilich zu glauben, daß die Partei „schwer an diesen Leuten“ trägt, deren „skandalöse Ausschreitungen“ auf der Partei laien, so lange sie sie nicht kräftig absperrt. Aber schon aus der Tatsache, daß eine solche „Absperrung“ im Laufe der Jahre nicht nur nicht erfolgt, sondern einer immer größeren Intimität gewichen ist, könnte das Wiener Parteibüro erkennen, daß man die Wurzel des Übels nie erkennt, wenn man die Schuld lediglich beim „Wochenheften“ sucht.

### Aus der Bewegung.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei ist in der erfreulichen Lage fernzusehen zu können, daß sie ihr über 120.000 zahlende Mitglieder bisher angeeignet haben. Nicht mitgerechnet sind dabei die Genossen, die ihre Angehörigkeit zur Unabhängigen Partei wohl ausgesprochen, aber gegenwärtig im Felde sind, wohl mitgerechnet sind auch diejenigen, die schwarze Marken haben, also vorübergehend von der Beitragszahlung entbunden sind. Zu den 120.000 zahlenden Mitgliedern treten täglich durch Neuaufnahmen und Uebertritte ganzer Organisationen neue hinzu.

Wenn wir diesen Erfolg mitten im Kriege und unter dem Belagerungszustand, der unser Werden für die Unabhängige Partei außerordentlich erschwert, vielfach unmöglich macht, buchen können, dann dürfen wir uns der üblichen Hoffnung hingeben, daß die übergroße Masse der deutschen Sozialdemokratie sehr bald zur Bahne der Unabhängigen Partei stehen wird.

Die Danziger Abhängigen machen mit ihren Volksversammlungen fortgesetzt able Erfahrungen. Jüngst hatten sie sich den Reichstagsabgeordneten Rud vertrieben, dem vor der Versammlung in der „Volkswacht“ das Lob gesendet wurde, er sei einer der besten Redner in der Partei. Es waren etwa 1000 bis 1200 Personen in der Versammlung anwesend. Das Buchsche Mejerat war recht leuchtend und auch die Anhänger der Regierungssozialisten waren anscheinend froh, als es zu Ende ging. Stimmung war erst in der Versammlung, als ein zufällig auf der Messe in Danzig anwesender Berliner Genosse in die Debatte eintritt und in dreiviertelstündiger Rede die Sünden der Abhängigen geißelt. Der Parteifreier Wohl wollte den Eindruck dieser Ausführungen vermeiden. Die Versammlung ließ ihn nachträglich nicht einen Tag reden. „Schmeißt ihn raus!“ „Was will der Kerl!“ „Munter mit ihm!“ und andere Zurufe zeugten von der „Belleidlichkeit“, deren sich Herr Wohl bei den Danziger Arbeitern erlicke. Von einer Friedensresolution der Abhängigen äußerte ihr Berichterstatter am andern Tage selbst, das Abstimmungsresultat sei zweifelhaft.

Nach Niederschrift des Berichts kommt uns die „Volkswacht“ vor Augen. Noch ihr sollen 2000 Personen anwesend gewesen sein. Bude's Ausführungen waren „leidlich“ und „formvollender“; die Unabhängigen hatten ihre schon öfter geübte „Ständepolitik“ verurteilt und die Resolution sei gegen 200-300 unabhängige Stimmen angenommen. So faßt der Bericht der „Volkswacht“ Dinge zusammen, von denen das Gegenteil wahr ist.

Königsberg i. Pr. Auf trümmen Wegen verhält man in Königsberg das kleinste Regierungssozialisten zu vermehren. Frauen und Mütter von im Felde stehenden Mitgliedern des Banarbeitersverbandes erhielten folgende Einladung:

Deutscher Banarbeitersverband  
Zweigverein Königsberg.

Königsberg, im September 1917.

Berlin, den 10. September 1917.

Zu einer sehr wichtigen Besprechung erlauben wir uns, Sie zu Montag, den 10. September d. abends 7 1/2 Uhr, nach unserem Büro hiermit freundlich einzuladen.

Wir bitten Sie, in Ihrem eigenem Interesse bestimmt und pünktlich zu erscheinen.

Der Vorstand: J. A. Kriele.

Die Frauen glaubten natürlich, es handele sich um eine Verhandlungsangelegenheit. Es war aber eine Aktion für die Regenerungssozialisten, die mit den Mitteln des Banarbeitersverbandes (!) unternommen worden war. Herr Kriele ließ durchblicken, daß es zu Weihnachten eine Unterstüßung gebe, wenn bis dahin der Krieg nicht zu Ende sei. Nach dieser Einleitung machte er mit allen Mitteln Stimmung für die Partei der Regenerungssozialisten. Da auf offenem Wege kaum etwas zu erreichen ist, so ersuchte Kriele die anwesenden Frauen, deren Männer im Felde stehen, die Mitgliebsbücher dieser Genossen vom Sekretariat der Unabhängigen Sozialdemokratie abzuholen und sie Herrn Kriele abzuliefern. Ein schlauer Plan, nur wird er scheitern, denn die Frauen denken nicht daran, hinter dem Rücken ihrer Männer dem Anführer dieses nachzukommen, und unsere im Felde stehenden Genossen wissen, daß die Regenerungssozialisten die Grundzüge der Partei aufgegeben haben und daher halten sie zur Unabhängigen Sozialdemokratie. Mander von ihnen wird Herrn Kriele die Antwort auf sein Vorgehen nicht schuldig bleiben. An der Bauernfront machte K. auch für die „Volkswacht“ Propaganda. Keine Frau sollte eher das Lokal verlassen, bis sie die „Volkswacht“ besichtigt habe. Das war die Parole, die Kriele ausgab. Es gelang schließlich mit vieler Mühe, einige Frauen zum Abonnement der „Volkswacht“ zu pressen, während die meisten unwillig das Büro verließen.

Königsberg. Ein kaltgeschalteter Regenerungssozialist, Herr Adolf Kariel, ehemaliger Redakteur und Verleger der „Volkswacht“ in Danzig, festigen Redakteur der Königsberger „Volkswacht“, ist durch die Danziger Parteinstanzen jede Mitarbeit an der Danziger Parteizeitung der Abhängigen verboten worden. Schade! Unsere Danziger unabhängigen Parteifreunde bedauern das bitterlich. Herr Kariel hat wider seinen Willen für sie viel gearbeitet. Hoffentlich bleibt er den Königsbergern noch recht lange erhalten.

Müritzer Abhängigen. In einer öffentlichen Versammlung im Volkshaus zu Jena sprach am Sonnabend der Abg. Stücken über „Frieden und Freiheit“. Der schöne geräumige Saal, zu dem sonst die Arbeiter in Massen hineinstürmen, war kaum zu einem Drittel besetzt; dazu waren viele der Anwesenden aus den bürgerlichen Kreisen. Das merkte man schon aus dem Verlauf zu Ausführungen scheinlicher Art, die einer der Debattierenden machte. Vor den letzten Reih der Versammlung wählte der Vorsitzende eine Erklärung zu geben, die bösen Unabhängigen seien dafür verantwortlich. Er fand es wohl unerhört, daß die Posten der Abhängigen nicht gläubig angebelet sind, obwohl sie für jeden, der nicht politisch blind ist, unzweifelhaft Kriegsverfänger und nicht nur sozialistischen Grundfragen weit entfernt hat. Der Redner ließ sich in seinem Selbstbewußtsein durch den häufigsten Reiz der Versammlung nicht sehr hören, ein solches Gefühl hielt ihn anrecht, konnte er doch mitteilen, daß er nicht notwendig habe, vorher seine Rede genehmigen zu lassen.

Große Erfolge wird der Abg. Stücken in Thüringen mit solcher Anzeileitung nicht erringen.

Ans der Provinz Brandenburg. In Brandenburg a. Havel wurde in einer am Sonnabend, den 15. September, stattgehabten Besprechung der auf dem Boden der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei stehenden Genossen eine Ortsgruppe gegründet. Es wurde ein provisorischer Vorstand gewählt. Genosse Gierck, Neustädter Markt 2, ist Vorsitzender.

### Aus den Organisationen.

Der Zentralwahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, hielt am Sonntag, den 10. September, in Britz seine Kreis-Generalsversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Geschäftsbericht; 2. die Frage der Beitragserhöhung; 3. Wahl einer Statutenberatungskommission; 4. Anträge; 5. Verschiedenes.

Vertreten waren 21 Orte durch 124 Delegierte, 19 Kreisvorstandsmitglieder, Genosse Jubell als Vertreter des Kreises im Reichstags, sowie von der Fraktion der U. S. P. D. die Genossen Bogherr und Dr. Herzfeld. Nicht vertreten waren 8 Orte. Anschließend an die Verlesung des Protokolls der letzten Kreis-Generalsversammlung gab Genosse Rachmund den Geschäftsbericht. Er führte aus, daß die Frage der Beitragserhöhung die Veranlassung gewesen sei, die heutige Generalversammlung einzuberufen. Wichtige Ereignisse haben sich seit der letzten Generalversammlung im Kreise abgepielt. Zu begrüßen sei es, daß der Genosse Kiesel nach mehrmonatlicher Unterwegenschaft jetzt wieder in unserer Mitte weilt. Auch jetzt ist das Kreisbüro, dank dem Entgegenkommen der Neuföllner Genossen noch in den Räumen des Neuföllner Wahlvereins untergebracht. Den Orten zugehende Mundschreiben des Kreisvorstandes finden leider nicht die Beachtung, die sie verdienen, dadurch wird den Genossen des Kreisvorstandes, die diese Arbeit doch nur in ihrer freien Zeit, in Nacht- und Sonntagstunden, versehen, die Führung der Geschäfte außerordentlich erschwert. Es muß auch hervorgehoben werden, daß von der anderen Seite immer wieder versucht wird, unsere Genossen beim Zahlen ihrer Beiträge irre zu führen, die Genossen müssen streng darauf achten, daß die Beiträge nur an unsere Kassierer gezahlt werden. Das Versammlungszweigen begünstigt großen Schwierigkeiten.

Um unsere zum Heere eingezogenen Mitglieder von allem zu informieren, was in der Partei vorgeht, empfiehlt es sich, den Orten zur Pflicht zu machen, das Mitteilungsblatt wie auch event. Reichstagsberichte und Protokolle zuzusenden. Die Agitation darf in den Orten nicht erlahmen, da die Arbeiter im Kreisbüro nur ehrenamtlich ausgeführt werden, ist es dringende Pflicht der Genossen, dafür zu sorgen,

daß in ihren und den angrenzenden Orten für die nötige Agitation gesorgt werden muß.

Der Kreisfahriker, Genosse Freigang, ergänzte den Bericht Rachmunds und konnte die Mitteilung machen, daß sich die Verhältnisse gegenüber dem verflochtenen Halbjahr wesentlich gebessert haben.

Zur Frage der Beitragserhöhung von 10 auf 50 Pf. für männliche und von 20 auf 30 Pf. für weibliche Mitglieder lagen verschiedene Anträge vor. Die Generalversammlung beschloß entgegen dem Beschluß des Zentralvorstandes Groß-Berlins die erhöhten Beiträge statt vom 1. September ab 1. Oktober zu erheben. Ferner wurde ein Antrag Mariendorf einstimmig angenommen, welcher besagt, daß die Genossinnen, welche schwarze Marken haben, für die Frauenzeitung monatlich 10 Pf. zu zahlen haben. Die von den Neuföllner Funktionären gefasste Resolution, die im letzten Mitteilungsblatt veröffentlicht ist, machte sich die Generalversammlung zu eigen und nahm sie einstimmig an.

Die in der Generalversammlung vom 17. Juni er. zurückgestellte Wahl einer elfgliedrigen Statutenberatungskommission hatte folgendes Ergebnis: Binder (Nohndorf), Peters und Rosenhal (Charlottenburg), Detmer (Friedenau), Beder, Rosenfiedel und Winguth (Neufölln), Drews (Schöneberg), Hüser (Steglitz), Krohn (Tempelhof) und Genossin Marcuffon (Wilmerdsdorf).

Ferner wurde ein Antrag angenommen, der sich auf die Regelung der Verhältnisse in Berlin bezieht. Der Antrag sieht eine 2/3-gliedrige proportional zu wählende Prekominmission vor und enthält im einzelnen Vorschläge über die Ausübung und Verteilung des Raumes für Agitation, Bildung und freie Diskussion.

Ebenso ein Antrag Steglitz der Statutenberatungskommission.

Nachdem im Berichtedenen der Abgeordnete des Kreises Genosse Jubell einige an ihn gestellte Fragen beantwortet, erfolgte Schluß der Versammlung um 4 Uhr nachmittags.

Cöpenick. Wie überall, war auch im abgelaufenen Vereinsjahre infolge der gesteigerten Einberufungen und vermehrten Ausbeutung der Arbeitskräfte in der Kriegsindustrie das Interesse am Vereinsleben nicht so reg, als es wünschenswert gewesen wäre. Nach der Scheidung der Weiler an diesem Ort entfaltete der auf dem Boden der „Völkerarbeit“ stehende Wahlverein eine rege Tätigkeit. Bei den Stadtverordnetenwahlen trat er mit eigenen Kandidaten vor die Öffentlichkeit und errang trotz der aufgewendeten wüßelosen und verleumderischen Agitation der „Durchhalter“ einen nennenswerten Erfolg. Die Agitation für den „Völkerrückzug“ erbrachte die Zahl von 100 Abkommen. Der Raub der Nationalsozialisten auch dieses Parteiannehmens läßt auch auf das Interesse der Mitglieder am Vereinsleben eine negative Wirkung aus, da infolge Fehlens jedes geistigen Verbindungsmittels das Interesse am öffentlichen Parteileben erlahmte. Das Erscheinen des Mitteilungsblattes und die Tätigkeit für dasselbe gab Veranlassung, mit den Mitgliedern wieder in engere Fühlung zu kommen und das Interesse für die Parteiarbeit zu wecken, so daß für die Zukunft sich hoffnungsvolle Aussichten eröffnen.

In der am 29. August stattgehabten Generalversammlung wurde der Vorstand neugewählt und setzt sich aus folgenden Genossen zusammen: Emil Lampe, Vors.; Albert Beier, Neils, Vors.; Robert Rieck, Kassierer; Hans Schönlitz, Schriftführer; Arthur Garze, Beisitzer; Wilhelm Schulz, Hermann Wurl, Kassierer; Richard Rahnte, Wilhelm Wrag und Ferdinand Lange, Beisitzer.

Um das Interesse der Mitglieder an der Organisation zu wecken und zu wehren, sollen regelmäßige Versammlungen und Jahlabende mit Vorträgen und Diskussionsabende über Zeit und Streitfragen stattfinden. Ist es uns zur Zeit auch unmöglich gemacht, frei und öffentlich für unsere Ziele zu werden und zu streiten, so wollen wir doch durch uniges Anfühlungsweisen mit den Mitgliedern uns vorbereiten auf bessere Zeiten, da Bereitsein unter den heutigen Verhältnissen notwendig ist denn je ist. — Auch der Frauenfrage gedenkt der Vorstand im bevorstehenden Winterhalbjahr sich entsprechend zu widmen, um Mitkämpferinnen zu werden, vorhandene zu stärken und absteigende aufzurichten, und auf den Weg des Kampfes zur Befreiung der Massen und Weiler zu führen.

Stralau. Der Frauen-Vereabend findet Montag, den 24. September, abends 8 1/2 Uhr pünktlich, bei Schulz, Marktgrasendamm 9, statt.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Trepow-Baumshuldenweg. Am Montag, den 24. September, Frauen-Vereabend: In Baumshuldenweg bei Krause, Kieselholzstr. 249, Vortrag der Genossin Jahrcwald. In Trepow bei Scholze, Gräbstr., Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Parteigenossen! Am Sonntag, den 23. September, nachmittags von 2 bis 4 Uhr, findet in der 2. Gemeindefabrik, Auguste-Viktoria-Allee 114, die Gemeindevorwähler-Wahl der 2. Klasse statt. Es muß ein Angehöriger gewählt werden. Als Kandidat der Unabhängigen Sozialdemokratie ist unser alter Genosse Friedrich Goerick, Nordbahnstraße 11, aufgestellt. Erscheint pünktlich zur Wahl, um jeder seine Pflicht.

### Die Bezirksleitung.

Vereabend. Zweiter Wahlkreis: Montag, den 24. September, 8 1/2 Uhr, in folgenden Lokalen: Biemers, Bülowstr. 68; Kemp, Dalkeiches Ufer 10. Dienstag, den 25. September, 8 1/2 Uhr, Pöricht, Puntamerstr. 9. Ueberall Mitgliedsbücher mitbringen.

### Redaktionschluss: Jeden Dienstag Abend.

Verantw. Redakteur: G. Peid; Verleger A. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstraße 5.  
Druck: Maurer & Timmid, Berlin, Köpenicker Str. 36-38